

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh / Einzelpreis 70 Heller

Redaktion und Verwaltung: Prag XII., Gochova 62 - Telefon 53077 - Herausgeber: Siegfried Taub - Verantwortlicher Redakteur: Karl Kern, Prag

17. Jahrgang

Mittwoch, 8. Dezember 1937

Nr. 288

Aus dem Inhalt:

Urteil
in Böhm.-Leipa morgen

Hodža
verhandelt mit den Polen

Die Arbeitslosigkeit
in den deutschen Bezirken

Einmalige Aushilfe
für die Bergarbeiter

Französisch-polnische Freundschaft fest

Eine Erklärung der beiden Außenminister Krakau. (Havas.) Die Außenminister Delbos und Beck empfingen während der Fahrt nach Krakau im Speisewagen die Journalisten, denen sie nach Abschluß ihrer gemeinsamen Besprechungen folgendes Communiqué übergaben: „Im Verlauf der Unterredungen, die Minister Delbos in Warschau mit allen führenden Persönlichkeiten der polnischen Politik hatte, wurde im Geiste loyaler Zusammenarbeit die Prüfung aller Probleme fortgesetzt, welche die französisch-polnischen Beziehungen im besonderen und den europäischen Frieden im allgemeinen betreffen. Mehr als einmal wurde konstatiert, daß das seit dem Jahre 1921 bestehende französisch-polnische Abkommen ein dauerndes Grundelement der Politik der beiden Länder bildet, welche gleichzeitig im Interesse der Entwicklung des Friedens dauernde Beziehungen mit allen Völkern aufrecht erhalten. Beide Außenminister bekräftigten gegenseitig den gemeinsamen Willen, auf allen Gebieten der Politik die vertrauensvolle Zusammenarbeit fortzusetzen, die stets den Interessen und Bestrebungen der beiden Völker entspricht und auf eine allgemeine Beruhigung und internationale Stabilisierung gerichtet ist.“

Stojadinović beschwichtigt Frankreich

London. (Eigenbericht.) Zum Besuche von Stojadinović, des jugoslawischen Ministerpräsidenten, in Rom, verläutet in Paris, daß eine weitergehende Bindung der jugoslawischen Politik in Rom als bisher nicht zu erwarten sei. Stojadinović habe darüber beruhigende Zusagen nach Paris gegeben. — Stojadinović wird im Sommer auch Berlin besuchen.

Belm Papst

Die Audienz Dr. Stojadinović beim Papst dauerte eineinhalb Stunden, die Unterredung mit Kardinal-Staatssekretär Pacelli 40 Minuten. Es wird berichtet, daß diese Gespräche ausgesprochen herzlich waren.

Rätoromanisch anerkannt

Ein beispielhafter Beschluß der Schweiz Bern. (SW.) Der schweizerische Nationalrat hat einstimmig die Gesetzesvorlage angenommen, wonach neben der deutschen, der französischen und der italienischen Sprache die rätoromanische Sprache als schweizerische Nationalsprache anerkannt wird. In der Debatte betonten der Vorstand des Departements für innere Angelegenheiten, Bundesrat Etter, und die Redner aller größeren Parteien die Notwendigkeit der Anerkennung dieser Landessprache und hoben hervor, daß dies einen Schritt auf dem Wege der Erhaltung der Freiheit und Unabhängigkeit der schweizerischen Eidgenossenschaft bedeutet.

Franco in Nöten

London. (Eigenbericht.) In London wird der dort mitgeteilte Entschluß Francos, eine Blockade der Valencia-Küste einzurichten, als ein Anzeichen dafür aufgefaßt, daß Franco seine Hoffnung immer weniger auf eine direkte militärische Entscheidung setzt, sondern sich auf die Hungersnot als Mittel verlegen will. Franco könnte nach dem geltenden Seerecht die Blockade nur dann verhängen, wenn ihm das Recht einer kriegsführenden Partei zuerkannt und er außerdem imstande wäre, die Blockade effektiv zu gestalten. Mit seinen maritimen Streitkräften kann er dies jedoch nicht. Auch das Minenlegen zum Zwecke einer Blockade der Handelsrouten ist, widerspricht dem geltenden Seerecht. Aus diesen Gründen hat England es abgelehnt, die Mitteilung Francos über die Verhängung der Blockade zur Kenntnis zu nehmen. — In London wird des weiteren bekannt, daß Franco in letzter Zeit größere Zahlungen an Deutschland und Italien in der Form von Rohstoff und Lebensmittellieferungen leisten mußte. Diese Lieferungen haben eine fühlbare Wirkung auf die Lebensmittelversorgung in dem von Franco beherrschten spanischen Gebiet.

Nanking in Flammen:

Die Chinesen vernichten ihre Hauptstadt

Vor dem Einmarsch der Japaner

Nanking. (Reuters.) Die Verteidiger der chinesischen Hauptstadt haben Nanking in Brand gesetzt. Die Munitions- und Betriebsstofflager, die Hangare und Werkstätten auf den Flugplätzen wurden systematisch vernichtet. Es geschieht zum ersten Mal in der Geschichte Nankings, daß die Hauptstadt in die Hände von Ausländern fällt. Alle chinesischen Flugzeuge haben Dienstag bei Morgengrauen Nanking verlassen und sind nach der neuen Basis im Innern des Landes abgeflogen. Die beschädigten Maschinen, die wegen Zeitmangels nicht mehr repariert werden konnten, wurden zerstört.

Die chinesischen Militärbehörden haben den Befehl gegeben, drei große Brände zu legen. Zweck dieser Vernichtungskaktion ist, alles zu zerstören, was dem Feinde als Obdach dienen könnte. Das gelegte Feuer hat die Gebäude an den strategisch bedeutsamen Stellen in Nanking zerstört. Die zurückweichenden chinesischen Truppen haben auch die Dörfer in der Umgebung in Brand.

Reisende aus Tschiangling melden, daß die gesamte Bevölkerung dieses einst blühenden internationalen Hafens, insgesamt 150.000 Personen, auf das andere Ufer geflüchtet ist und daß die ausrückenden Truppen die Stadt angezündet haben.

Die Japaner befinden sich bereits in den Vororten Nankings, das von den Zivil- und Militärbehörden schon früher verlassen wurde. Marschall Tschiangkaifschang hat sich Dienstag

vormittags im Flugzeug nach Nanking begeben.

Einsetzung einer Vasallenregierung?

Tokio. Die Domei teilt, erwartet man für den Fall der Einnahme der chinesischen Hauptstadt, daß die japanische Regierung in einer feierlichen Erklärung der chinesischen Regierung die Anerkennung entzogen werde. Anscheinend beabsichtigen die Japaner die Einsetzung einer chinesischen Vasallenregierung in Nanking, doch wird angenommen, daß dies an dem festen Willen der rechtmäßigen Regierung zu weiterem Widerstand nichts ändern, daß also der Krieg fortauern würde.

Tschangkalschek nur knapp entronnen

Von japanischen Fliegern hartnäckig verfolgt

Nanking. (Reuters.) Japanische Flieger verfolgten die schnelle, dreimotorige Maschine, die Marschall Tschangkalschek, dessen Gattin und dessen australischen Berater Donald aus Nanking fortbrachte. Die Verfolgten und die Verfolger steigerten die Geschwindigkeit bis an die Grenze des Möglichen, doch gelang es dem chinesischen Flugzeug, das einen Augenblick lang bereits eingeholt schien, schließlich den japanischen Fliegern doch zu entkommen, welche die Verfolgung über Nanking, der Hauptstadt der Provinz Anwei, aufgaben.

Polens Volk umjubelt Delbos

London. (Eigenbericht.) Die Berichte der französischen Presse über den Besuch von Delbos in Warschau zeigen, daß die Massenstimmung in Polen eindeutiger als je für die innigste Freundschaft zwischen den beiden Ländern spricht. In dieser Hinsicht war die Reise des französischen Außenministers eine wahre Triumphfahrt. Der polnische Außenminister, Beck, zeigte aber in den Sachfragen keinerlei Neigung zu nennenswerten Zugeständnissen. Er will das „polnische System“, den Nordosteuropäischen Staaten rings um die Sowjetunion, aufrechterhalten und anbauen und ist nicht bereit,

durch ein Entgegenkommen an die Tschechoslowakei Deutschland zu verstimmen.

Delbos nach Bukarest

Krakau. (P.A.) Der französische Außenminister Jean Delbos ehrte Dienstag vormittags das Andenken des Marschalls Pilsudski durch einen Besuch beim Sarge im Schloß von Sadowa und fuhr mittags nach Bukarest ab.

Bukarest. (Eigenbericht.) Die nationalromänische Opposition, der nunmehr auch Titulescu angehört, hat beschlossen, sich an den Empfangsfestlichkeiten für Delbos nicht zu beteiligen. Dieser Schritt ist eine Demonstration gegen die Regierung Ciulescu.

Labour-Führer in Madrid

Auch französische Sozialisten in Spaniens Hauptstadt

Madrid. (Sa. Sp.) Die britischen Labour-Abgeordneten G. Attlee, Ellen Wilkinson und Ph. Noel Baker besuchten mehrere Kriegsfabriken und den Leiter der Kommission für Sanität und Wiederaufbau der Hauptstadt, Julian Besteiro. Bei einem Empfang durch die Stadtverwaltung erklärte Attlee, daß sie durch ihre Aufnahme im republikanischen Spanien tief bewegt seien und er fügte hinzu, daß der grandiose Widerstand und die glänzende Arbeit, die sie gesehen haben, nicht nur für Spanien getan seien, sondern für alle Demokratien. — Die französischen Parlamentarier Jean Barot und André Morizet sind hier eingetroffen. Barot äußerte sich in gleichem Sinne wie Attlee. Zur internationalen Lage sagte er, daß zu seinem tiefen Bedauern diese in Bezug auf Spanien unüberändert zu sein scheine. Trotz der wachsenden Sympathie Frankreichs für seine Schwesterrepublik könnten Fortschritte nur mit einer Kampfsamkeit erzielt werden, die alle Freunde Spaniens und des Weltfriedens zur Beweiskraft bringen müßten. Der Verlust des Nordens sei für die Entscheidung nicht maßgebend. Diese falle an den Fronten von Madrid, Aragon

und des Südens und dank der Regierung, der härtesten in der modernen Geschichte Spaniens, seien diese Fronten in unüberwindbare Festungen verwandelt, an denen sich der Faschismus hoffentlich ein für allemal seine Zähne ausbrechen werde.

Barcelona bombardiert

Flugzeuge der Aufständischen bombardierten Dienstag gegen 15 Uhr Barcelona. Abends teilten die Behörden mit, daß bei diesem Fliegerangriff etwa 50 Personen getötet und rund 100 Personen verletzt wurden.

Gegen die Aufnahme der Russen in den IGB

London. (Eigenbericht.) Die belgischen Gewerkschaften haben sich gegen die Aufnahme der Russen in den Internationalen Gewerkschaftsbund ausgesprochen. Man erwartet, daß sich auch in den skandinavischen Ländern Widerstand gegen die Aufnahme der Russen geltend machen wird.

Stalins Kampf gegen die Opposition

Die „Berliner Tagwacht“, eines der führenden Organe der schweizerischen Sozialdemokratie, veröffentlicht interessante Enthüllungen des früheren Führers der schweizerischen Kommunisten Walter Brünggoli, der erst vor kurzem aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen ist. Die Darlegungen Brünggolis, die hauptsächlich den Kampf Stalins gegen die Opposition in Rußland schildern, berühren sich in vielem mit den Veröffentlichungen, die wir im letzten Jahr gebracht haben. Sie bringen aber darüber hinaus neue bemerkenswerte Einzelheiten und enthalten Angaben, die bisher der westeuropäischen Öffentlichkeit unbekannt waren.

Brünggoli geht bei seinen Betrachtungen über den Charakter der gegenwärtigen Phase der russischen Entwicklung von der Tatsache aus, daß der enorme wirtschaftliche Aufschwung in der Sowjetunion, der Millionen Menschen in den Mechanismus der modernen Großindustrie und Technik hineinzog, gleichzeitig auch eine recht bedeutende Schicht fähiger und entwickelter Arbeiter und Bauern in den Vordergrund gerückt hat, die mehr und mehr das Bedürfnis nach Freiheit und Selbsttätigkeit empfinden.

In derselben Richtung, zur Freiheit und Selbsttätigkeit der Bevölkerung, wird die Sowjetunion durch die Bedürfnisse der Armee und der Wirtschaft getrieben. Die Armee braucht, namentlich im Hinblick auf die drohende Kriegsgefahr, eine ununterbrochene Arbeit der Industrie und der Landwirtschaft. Wie Brünggoli behauptet, ist die Idee einer neuen Sowjetverfassung, die dem Volke mehr Freiheit sichern soll, in den Spitzen der Roten Armee entstanden. Es unterliegt keinem Zweifel, schreibt Brünggoli, daß eine ehrsche und vernünftige Verwirklichung dieser Idee eine neue Epoche in der Geschichte Sowjetrußlands einleiten würde. Das wäre aber notwendigerweise verbunden mit der Beseitigung der Diktatur und der Terrorherrschaft. Das jedoch ist für Stalin und den von ihm geschaffenen Apparat unannehmbar. Stalin und sein Apparat erwiesen sich als unfähig, den neuen Weg zu beschreiten.

Stalin, dem es an jeder schöpferischen Phantasie mangelt, war außerstande, sich von den Ketten seiner eigenen Vergangenheit zu befreien. Diefem Umstande ist es zuzuschreiben, daß gerade jene Kräfte der neuen Verfassung, in denen der Bevölkerung gewisse demokratische Rechte und Freiheiten verprochen werden, im „Politbüro“ gegen die Stimme Stalins angenommen wurden. Diese Tatsache wird dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß die gesamte Sowjetpresse Stalin als den eigentlichen Schöpfer der neuen Verfassung preist, und daß diese selbst als „stalinistische Verfassung“ bezeichnet wird.

Die bedeutendsten Führer der kommunistischen Partei und der Armee haben in den letzten Jahren fortgesetzt darauf hingewiesen, daß die bürokratischen Methoden des Stalin'schen Apparates mehr und mehr in schärfstem Widerspruch geraten mit den Tendenzen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion. Das gleiche ist von unzähligen Delegationen wirtschaftlicher und militärischer Organisationen Stalin berichtet worden, von dem die Aufhebung einer Reihe von Verfügungen und Dekreten verlangt wurde, die in bürokratischer Beschränktheit die neue Entwicklungsphase in der Sowjetunion ignorieren und ihren Fortschritt hemmen.

Es ist allgemein bekannt, daß Stalin jegliche Kritik, selbst die kollegialste und sachlichste, stets als eine persönliche Beleidigung empfindet. (Hinweise darauf finden sich bereits in dem berühmten „Testament“ Lenins, das die Engstirnigkeit Stalins hehelt.) Jede Kritik hat bei ihm stets das heftigste Mißtrauen geweckt. Sein Mißtrauen wurde noch verstärkt, als die Kritik, die ursprünglich aus den Kreisen der Wirtschaftsführer und Militärs kam, begeisterten Anklang fand bei solchen Oppositionellen, wie Sinowjew, Kamenev, Anslow, Wucharin usw. Der Verdacht, den Stalin schöpfte, war nicht völlig grundlos. Denn in führenden Kreisen begann man, angesichts des Widerstandes Stalins gegen Reformen, davon zu sprechen, daß es notwendig sei, personelle Änderungen in der obersten Leitung des Staates und der Partei herbeizuführen. Es be-

stand der Plan, Stalin mit irgendeinem Ehrenposten abzulösen, oder ihn sogar völlig aus dem politischen Leben zu entfernen.

Vorher alle diese Stimmungen und Pläne konkrete Formen angenommen hatten, ging Stalin mit der ihm eigenen Inertheit darauf, welche Folgen seine „Strafmaßnahmen“ für die innere und äußere Lage der Sowjetunion haben würden. Alle anderen Erwägungen traten bei ihm vor der Frage der Erhaltung seiner persönlichen Macht in den Hintergrund.

Wie Stalin seinen Vernichtungsfeldzug gegen seine Gegner geführt hat, ist allgemein bekannt. Bei der Schilderung dieses Feldzuges unterstreicht Bringolf besonders die Affäre des früheren Chefs der GPU, Jagoda, über den neuerdings berichtet wurde, daß er im geheimen Verfahren zum Tode verurteilt worden sei.

Jagoda war jahrelang eng mit Stalin verbunden, mit dem er durch die und dünne ging. Noch während des ersten Prozesses gegen die Opposition im August 1936, der mit der Erschießung Sinowjews, Kamenevs und anderer alter Bolschewisten endete, war Jagoda voll und ganz mit Stalin einverstanden. Aber nach diesem Prozeß begann Jagoda zu schwanken. Hier weist Bringolf auf einen Vorgang hin, der bisher in Westeuropa unbekannt war: In Verbindung mit dem Augustprozeß wurde dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei eine von 2000 alten Bolschewisten unterzeichnete Denkschrift überreicht, in der die Methoden Stalins klar und unmissverständlich verurteilt wurden. Unter den Unterzeichnern befanden sich viele alte Freunde und Kampfgenossen Jagodas. Vor die Notwendigkeit gestellt, harte Strafmaßnahmen gegen die Unterzeichner des Memorandums zu ergreifen, wurde Jagoda schwankend. Das führte zu seinem Untergang. Die strafende Hand Stalins traf ihn selbst.

In Verbindung mit dieser Affäre schildert Bringolf auch die Haltung des Marschalls Blücher. Allgemein wurde Blücher in der Sowjetunion zur Opposition gezählt. Es besteht auch kein Zweifel, daß Blücher im wesentlichen mit seinen Kameraden aus dem Führungskreis der Roten Armee einverstanden war, die später erschossen wurden. Das hinderte ihn jedoch nicht, als Richter dem Gericht beizutreten, das seine Gesinnungsfreunde zum Tode verurteilte.

Von hohem Interesse sind namentlich jetzt, wo mit den Sowjetwahlen vom 12. Dezember ein neues Kapitel in der Geschichte der Sowjetunion eingeleitet werden soll, die Schlussfolgerungen, zu denen Bringolf gelangt. Nach seiner Auffassung hat der Terror in Rußland noch bei weitem nicht seinen Abschluß gefunden. Er zweifelt aber nicht, daß Stalin durch seine Terrorpolitik das Ende seiner Diktatur und seiner persönlichen Herrschaft vorbereitet. Die Opposition in der Sowjetunion nimmt von Tag zu Tag zu und die Zahl jener, die an die ungeheuerlichen Beschuldigungen gegen verdiente Revolutionäre und Parteifunktionäre glauben, schmilzt immer mehr zusammen. Es gibt in der Sowjetunion 20 bis 30 Millionen Arbeiter, Bauern, Rotarmisten und Sowjetangehörige, die eine gewisse Schulung durchgemacht haben und die mit der Entwicklung des Landes Schritt halten wollen. Stalin jedoch bemerkt diese Entwicklung, er ist jetzt nicht weiter als ein Symbol des Rückschritts. Das Urteil der Geschichte wird gegen Stalin und seinen Apparat gefällt sein. — mit diesen Worten schließt Bringolf seine Darlegungen.

Steuervorlagen teilweise geändert

Differenzen wegen der Kunstfett- und Weinsteuer

Wie die „Prager Presse“ meldet, haben die neuerlichen Beratungen der Koalition über die Bedekungsvorlagen am Dienstag in vielen Punkten zu einer Verständigung geführt. Die Vertreter der einzelnen Koalitionsparteien hätten auch von verschiedenen Abänderungsvorschlägen Abstand genommen; andere Bestimmungen seien aber noch nicht fest vereinbart worden. Man rechnet aber damit, daß der Budgetausschuß die Abstimmung über die Bedekungsvorlagen am Donnerstag vornehmen kann. Am selben Tag soll auch die noch fehlende Vorlage über die Kartellabgaben im Parlament eingebracht werden.

Der Budgetausschuß der Kammer mußte sich deshalb am Dienstag mit der Spezialdebatte über die erwähnten Vorlagen begnügen. Zur Annahme gelangte lediglich die Verlängerung der Zuschläge zur Umsatz- und Luxussteuer bis Ende 1938. In den übrigen Vorlagen brachten die Referenten verschiedene Abänderungsvorschläge ein, soweit sie von der Koalition bereits vereinbart wurden.

Bei der Verhandlung der Kunstfett- und der Weinsteuer traten jedoch offene Missverständnisse zwischen den agrarischen Referenten und den Sprechern der tschechischen Linksparteien wie auch der Gewerbetreibenden zu Tage.

Ueber die Verlängerung der Kreiszuschläge zur Einkommen- und zur Kontinentsteuer referierte Abg. Novak. Er schlägt vor, diese Zuschläge nur für drei und nicht für fünf Jahre festzulegen, da auch der Wehrbeitrag nur für drei Jahre gelten soll.

Bei der Spielkartenabgabe soll gemäß einer Vereinbarung der Koalition der Stempel für Karten aus dauerhaftem Material nicht 80, sondern bloß 60 K betragen.

Bei der Steuer von Limonaden, Soda- und Mineralwässern empfahl der Referent einen Zusatz, wodurch der Finanzminister ermächtigt wird, die Steuer bei Limonaden und Sodawasser zu pauschalisieren.

Ueber die Kunstfettsteuer referierte der Agrarier Grund in einem ungeschönliden Ton. Er behauptete, daß die Konstruktion des Gesetzes die volkswirtschaftlichen Interessen mißachte; namentlich sei es nicht richtig, daß der Regierungsentwurf die seit 1934 bestehende Vermischungsobligation von 5 Prozent Schweinefett fallen lasse. Er zog alle Register auf, um darzutun, daß durch die eintretende Verminderung der Fetteinfuhr aus den Staaten der Kleinen Entente und aus Ungarn unsere Handelsbeziehungen geschädigt werden würden.

Der Sozialdemokrat Chalupa konstatierte daraufhin, daß der Berichtsteller über eine Vorlage referiert habe, die nicht existiere; der Regierungsentwurf sei etwas ganz anderes voraus als das, was der Referent berichtete. Dr. Bredl (Agr.), ein bekannter Gegner der Kunstfettproduktion, erklärte, über die Aushebung der Kontingentierung ließe sich reden, wenn für Kunstfett ein so hoher Zoll wie für Guiter eingeführt und die obligatorische Vermischung von heimischen Cellulosen in der Höhe von 30 bis 50 Prozent (!) zum Verkaufspreis statuiert würde. Otrah (Gew.-Partei) erklärte, daß die Sache nicht vereinbart wurde und der Bericht des Referenten daher nicht Gegenstand der Verhandlung sein könne. Der Referent kündigte eine Ergänzung zum Artikel III an.

Zur Regelung des Süßholzmonopols lagen keine Abänderungsanträge vor.

Die Vorlage über die Biersteuer soll nach einem Koalitionsbeschuß dahin ergänzt werden, daß der gesamte Wehrbeitrag aus der Erhöhung dem Staate zugute kommt, die Selbstverwaltungskörper aus diesem Titel also keine erhöhten Zuweisungen erhalten.

Auch in der Vorlage über den Staatsber-

eidigungsbeitrag und die Steuer von außerordentlichen Gewinnen beantragte der Referent einige Änderungen. So sollen beide Steuern einheitlich auf drei Jahre gelten. Im Paragraph 5 sollen die Golding-Gesellschaften ausgeschlossen und die Mindestabgabe vom Anlagekapital von 1,5 auf 1 Promille herabgesetzt werden. Ferner soll die Steuer von außerordentlichen Gewinnen eine Abzugspost bilden und binnen 60 (statt 30) Tagen zahlbar sein. Ueber die Möglichkeit von vierteljährlichen Zahlungen werde noch verhandelt.

Bezüglich der geplanten Erhöhung der Steuer von „alkoholisierten“ Weinen (mit einem Alkoholgehalt von mehr als 18 Prozent) erklärte der Referent Marzinek plötzlich, daß der Ministerpräsident und der Finanzminister gegen die Zurückziehung dieser Vorlage nichts einwenden würden, falls der Ausschuß die Regierung beauftragt, spätestens bis Juni 1938 ein ordentliches Gesetz über-

den Weinbau vorzulegen, das alle bisherigen Ungleichheiten in diesem Produktionszweig beseitigt. Tatsächlich stellte der Referent den Antrag, die Vorlage von der Tagesordnung abzusehen und eine entsprechende Resolution betreffend die Vorlage eines Weingesetzes zu fassen.

Der Sozialdemokrat Chalupa wendete jedoch ein, daß dieses Vorgehen absolut unangebracht sei und das Schicksal der Vorlage so nicht gelöst werden könne. Ein Weingesetz sei schon seit acht Jahren in Vorbereitung; es müsse also eine Garantie geschaffen werden, daß der gestellte Termin auch wirklich eingehalten werde. Auch Dr. Klappa (Nat.-Soz.) betonte, daß er mit dem Antrag des Referenten nicht übereinstimmen könne, obwohl er zugebe, daß die Vorlage vom Standpunkte der Steuertechnik und des Ertrages wenig befriedigend sei. Darauf erklärte sich der Referent damit zufrieden, daß der Regierung die Möglichkeit gegeben werde, darüber noch zu verhandeln. Chalupa beantragte, die Steuer erst bei 14prozentigen Weinen beginnen zu lassen, damit die Weinerzeugung aus Obst, Heidelbeeren etc. nicht geschädigt werde. Auch über diese Vorlage wurde die Abstimmung bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Das Budget im Senatsauschuß

Hackenberg spricht in der Generaldebatte

Der Budgetausschuß des Senats eröffnete Dienstag früh die Generaldebatte über den Staatsvoranschlag mit einem Referat des Berichterstatters Jeman. In der Debatte sprach auch Genosse Hackenberg, dessen Rede wir weiter unten im Auszug veröffentlichen.

Am Nachmittag setzte bereits die Spezialdebatte über die ersten drei Budgetkapitel ein. Gegen Abend hielt Ministerpräsident Dr. Novak ein längeres Schlusswort, das jedoch erst Mittwoch ausgegeben werden wird.

Hackenberg kam zunächst auf die Mitarbeit des Sparauschusses am Budget ausführlich zu sprechen. Es hat den Ausschuss mitunter sehr weh getan, einzelne Budgetposten zu streichen. In Zukunft wird man bei der Zusammenstellung des Voranschlags doch etwas gründlicher vorgehen müssen. Der Sparauschuß hat heute nicht das nötige Material zur Hand gehabt, sondern nur die Einkommenseiten der einzelnen Ressorts und jene Posten, deren Deckelung das Finanzministerium beantragt. Das ist aber keine richtige Kontrolle. Der Sparauschuß müßte die Möglichkeit haben, alle Posten zu überprüfen und zu erörtern, ob man nicht irgendwo anders sparen könnte als gerade dort, wo es das Finanzministerium vorschlägt. Die jetzige Form der Mitarbeit des Ausschusses hat eigentlich den Einfluß der Bürokratie des Finanzministeriums gefestigt. Man müßte künftig der parlamentarischen Körperschaft den entsprechenden Einfluß einräumen.

Bei der Beurteilung der Einnahmenseite des Budgets dürfen wir nicht übersehen, daß 1937 vielfach Steuern für zwei Jahre einzuheben werden. Daher sind nicht nur infolge der besseren Konjunktur höhere Erträge zu erwarten. Wir dürfen aber nicht allzu sehr hoffen, daß die Konjunktur anhalten wird.

Wenn es vielfach als großes Unrecht hingestellt wird, daß in vielen Tabakfabriken mehr deutsche als tschechische Arbeiter beschäftigt sind, so muß man daraus hervorheben, daß im alten Osterreich wie in anderen Staaten Staatsbetriebe, insbesondere eben Tabakfabriken, in Ost- und Westböhmen errichtet wurden, um die Leute vor dem Hunger zu bewahren. Wenn Kollektiv Plantagen gestiftet hätte, daß es in dem industriellen Randgebiete des Staates der Bevölkerung in der Konjunktur verhältnismäßig viel besser gegangen sei, so ist ihr zu entgehen, daß auch in Konjunkturzeiten die Textilgebiete um Trautena etc. ausgesprochen glückliche Gebiete waren. Man findet dort einen Menschenmangel, der viel heiner als die

Leute in anderen Gegenden und vielfach durch Generationen degeneriert ist.

In Betrachtung der Arbeitslosenverhältnisse weist Hackenberg darauf hin, daß wir nicht nur in den Industriegebieten noch viele Arbeitslose haben, sondern auch noch viele tausende arbeitslose Bauarbeiter in den deutschen Gebieten. Bei den öffentlichen Bauten, die hier aufgeführt werden, werden oft Arbeiter aus entfernten Bezirken herangezogen, während die deutschen Bauarbeiter dieser Bezirke weiter ohne Beschäftigung bleiben! Es wären da viele bringende Investitionen durchzuführen, Spitäler, Wasserleitungen, Amtsbauwerke usw. Sie zu unterlassen oder aufzuschieben, weil die nötigen Mittel nicht vorhanden sind, ist ein unrichtiger Standpunkt, solange es noch hunderttausende Arbeitslose gibt.

Die Klagen, daß die einzelnen Ressorts nicht entsprechend dotiert sind, sind allgemein. Wenn Milliarden für Rüstungszwecke auszugeben werden müssen, dann leiden eben alle darunter; verantwortlich hierfür sind aber die Friedensstörer. Wenn wir Sozialdemokraten den verschiedenen Professionsgruppen im Budget zugestimmt haben, so tun wir dies nicht nur im Interesse der Staatsbedeckung, sondern weil wir uns sagen, daß wir in der Schuldenwirtschaft nicht so fortfahren können. Somit würde die große Gefahr einer Geldentwertung entstehen, welche sich für die Bevölkerung noch viel schlimmer auswirken würde, als die Drohung des Budgets und die Bedekung des Rüstungsaufwandes.

Von den sonstigen Rednern erklärte es Dr. Matouška (Nat. Ver.) für unhaltbar, daß die Staatsbetriebe weiter so wirtschaften wie bisher. Raigner (SdP) kündigte an, daß die SdP die schwere Opposition treiben werde, solange nicht dem deutschen Volk das heißt den „Gemein-Deutschen“) der ihm gebührende Anteil am Staate gewährleistet wird.

Aus dem Referat Dublas geht hervor, daß der Landbau des Senats insgesamt auf 11 Millionen kommen dürfte. Im Sitzungssaal wird die alte Debatte obgetragen werden müssen. Der Ausschuss nahm den Antrag Dublas an, eine viergliedrige Kommission zu wählen, die die Bauarbeiten beschleunigen und nach Möglichkeit beschleunigen soll.

Später bezeichnete Fragner (SdP) den 18. Referat schließlich als einen „Schlag ins Wasser“. Selbst wenn die Resolution Jaska verwirklicht würde, könnte die Regelung des hunderttausendigen Problems auf administrativem Wege nicht zu einer befriedigenden Lösung führen. Die Gesetzesentwürfe der SdP könnten ohne weiteres (?) in die Verfassung eingebaut werden.

DER KLEINE VON EUGENE DABIT

Berechtigter Uebersetzung aus dem Französischen von Bejot

Stimmen schlagen an mein Ohr. Männer gehen vorüber. Sie sehen uns nicht. Sie machen einen Satz und verschwinden in einem Graben. Die Leitung! Ich habe sie. Hier ist sie zertrüffelt, ein paar Meter weiter wieder zertrüffelt... wie zerhackt. „Laß die Spule ablaufen“, befiehlt Gleize. „Was hast du? Verwundet?“ „Nein, nichts.“ „Rühre dich nicht von der Stelle. In fünf Minuten kommt ein Anruf.“ Er verschwindet mit unserem Führer. Ich lege mich platt auf die Erde. Stöhnen! Hier, an dieser Stelle. Ich verhöre mich selbst. Jetzt ist es zu spät zum Davonlaufen. Weit, weit weg möchte ich sein, in einer Hütte auf freier Felde leben. Nur bei Nacht würde ich mich hinausschleichen, um meine Rahrung zu hehlen, Gemüse, das ich roh verpeisen würde, denn der Rauch könnte mich verraten... Brandgeruch... Lichtschein. Leises Klingeln. Ich strecke den Arm aus. „Hallo, bist du's, Kleiner? Hier Beobachtungsposten. Wir kommen.“ Wir sind gerettet. Für diesmal! Im fahlen Licht des Morgengrauens gehen wir in die Stellung zurück.

8. Kapitel

Es regnet und schnell. Die Geschäfte bleiben im Not stehen, die Lebensmitteltransporte versinken. Man wälzt im Dreck auf den Wegen und in den Gräben ohne Lattenrost. Aus dem Sumpf tauchen da und dort unsere Unterstände auf wie Inselchen. Niemand ging der Arbeitsdienst so über unsere Kräfte. Seit sieben Uhr morgens arbeiten wir, um einen Notausgang anzulegen. Béguet, Salbat und Gleize handhaben Hacke und Schippe. Hinter ihnen richten Gradouble und Brugier, beide Zimmerleute von Verus, Grabenwände auf. Rasse und ich, wir schaffen die Erde weg. Wir füllen sie in Körbe und nehmen sie auf den Rücken. Die Leitersprossen sind glitschig. Draußen, im Freien, leeren wir die Körbe aus, verschmausen, rauchen eine Zigarette. Plötzlich hören wir Béguets Grabestimme. „He, Kameraden...“ Hände und Gesicht sind mit Erde beschmiert. Rock und Samaschen sind feil vom Lehm. Ich wasche mich nicht oft. Die Haare hat mir eines Tags Gradouble geschneitten. Schnurr- und Faltenbart wachsen. Sehr sehr ich aus wie ein richtiges Frontsoldat. Gauvin bringt die Suppe. Wir lauern auf dem Boden des Unterstandes. Ein in die Wand gehobenes Bajonett dient als Kerzenhalter. Das Hochgeschütz zwischen den Knien. Köpfeln wir unser Kartoffelwasser. In unseren Rücken ein Kommissbrot, eine Feldflasche, ein Wecker. Salbat gießt den Inhalt seines Kapses aus. „Solange du nicht für uns lochst, Gauvin, ist der Frack nicht zu genießen.“ „Sag's dem Major.“ Béguet, der eine Konfervenbüchse mit der Messerspitze leer macht, sagt: „Da uns der Küchenbulle im Stich läßt,

spreche ich mit dem Alten, sobald er mal einen guten Tag hat.“ Immer dieselben Gespräche, dieselben Redewörter, die sich beruhigen, sobald das Essen aufgegessen ist. Hinterher spielen die alten Leute gewöhnlich eine Manille. Nach den üblichen rituellen Vorreden beginnt die Partie. Unsagbar schmutzige Karten werden geschovungen und, je nachdem, laut oder leise ausgespielt. „Ich hätte mich vor Kreuz in acht nehmen müssen“, sagt Gauvin, an seinem Stummel launend. „Konntest gegen mein As doch nicht an“, erstickt Gleize. Gradouble füllt die Wecker. Der bide Salbat notiert die Stiche auf einem alten Zeitungsblatt, dann sticht er Béguet an: „Du spielst aus. Aber moge nicht.“ Ein wenig später schreibt er: „Béguet, du mußt dich hecken. Verdammt Schwindler! Alles, was aus Panama kommt...“ „Was ist los?“ fragt Gauvin. „Man spielt nicht des Gewinns wegen“, bemerkt Gleize lakonisch. Béguet höhnt, Salbat zeigt die Faust. Vellegrin kommt und macht der Partie ein Ende. Jeder kehrt zu seiner Arbeit zurück. Ein ruhiger Tag: „An der Front nichts Neues.“ Aber für uns hört die Schinderei nicht auf. Die Beine sind feil, die Hände geschwollen. In den Stiefeln steht das Wasser, der Kopf ist leer. Salbat hält inne. „Worauf warten wir eigentlich noch, um Revolution zu machen wie in Rußland?“ Niemand antwortet ihm... Die Kameraden gehen zu Bett. Ich setze mich an den Telephonstern. Für mich bedeutet das eine Ruhepause. Ich kann lesen oder schreiben. Oft übernehme ich noch den Dienst für die Kameraden.

Sie schlafen schon auf den verlausten Strobfäden in ihren fargähnlichen Kästen. Durch die Spalten der roh gemauerten Verschalung sickert Erde. Dazu die Ratten, deren man sich nicht erwehren kann. Sie sind riesengroß und unsagbar widerlich. Sie laufen über die Betten und fressen alles, was sie finden. Aber das Leben im Unterstand hat auch seine Vorzüge. Während die anderen in die Stellung gehen, sind wir in Ruhe und halbwegs geborgen. Salbat schnarcht, Gauvin spricht im Traum, Béguet wälzt sich herum, daß die Bretter knarren. Ich will an meine Eltern schreiben. Zuerst lese ich ihre Briefe durch. Vaters Briefe sind lakonisch; ein hartiges Getrappel. Mamas Briefe enthalten alle Einzelheiten des Lebens, das sie bei Herrn Goston in Marzilly führt. Ich nehme einen Block. „Liebe Mama! Deinen letzten Brief habe ich erhalten. Hier geht alles gut. Nach Dir keine Sorgen. Der Winterschnitt ist ruhig. Man lebt fast so wie in der Etappe. Ich hoffe, bald Urlaub zu bekommen. Falls man uns hier wegziehen sollte, kämen wir vermutlich in die Gegend von Reims. Die Bücher habe ich erhalten. Schicke mir mehr: von Zola, Maupassant und, wenn möglich, auch von Balzac. Ich habe schon etwas von ihm gelesen, was man mir hier geliehen hat...“ Es klopft. Ich lege meinen Bleistift auf die Seite. „Hallo, ich höre.“ „Fünfte Gruppe? Hier Division. Rufen Sie den Major. Schnell!“ Einige Minuten vergehen. Leutnant Davmoulin gibt mir Befehl, die Batterien zu alarmieren. Ich spreche möglichst leise, um die Kameraden nicht aufzuwecken. Sie werden sogleich bald in Mut geraten, denke ich. Ein erneuter Anruf. Leutnant Lorlau gibt Schießbefehl durch. (Fortsetzung folgt).

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Urteil in B. Leipa am Donnerstag

Einer der Verteidiger zu 500 Kč Geldstrafe verurteilt

Böhm. Leipa. Das Tsch. Vr. O. meldet über die Verhandlung am Dienstag:

Nach Abschluss des Beweisverfahrens sprach Dienstag Prokurist Dr. Kotel, der zunächst darauf hinwies, daß die Strafbarkeit des wider-natürlichen Geschlechtsverkehrs in einem Teile des Auslandes bisher nicht die von den Befehl-gebern erwarteten Erfolge gezeitigt habe. Nach einer obergerichtlichen Entscheidung genüge be-zweifeltes Urteile oder geistige Verwirrung zum widernatürlichen Geschlechtsverkehr, damit der Strafstand gegeben sei. Sich mit den ein-gelagerten Angeklagten befassend, erklärte der Staatsanwalt, daß Werner Weiß, der zuerst selbst von einem Kellner verführt wurde, dieser Lei-penschaft dann zum Opfer gefallen sei.

Weiß und andere Angeklagte haben ihre in der Voruntersuchung abgelegten Geständnisse auf-recht erhalten und auch Dr. Walter Rahn habe es im Zuge der Hauptverhandlung aufgegeben, seine Schuld zu bestreiten, daß die Angeklagten untereinander strafbaren Geschlechtsverkehr ge-habt hätten. Werner Weiß und Kurt Franzke hielten auch ihre Geständnisse aufrecht, mit Heinrich Rutha widernatürlich verkehrt zu haben.

Die von den Angeklagten vorgebrachten Ein-wände zur Abschätzung ihrer Geständnisse in der Voruntersuchung wurden auch durch die Ein-bernahme des Untersuchungsrichters und der Po-lizeibeamten, die die Erhebungen geleitet haben, widerlegt. Die Untersuchungsbehörden haben den Angeklagten keine Tatsachen untergeschoben und auch keine Geständnisse in den Mund legen wol-len, denn die Geständnisse erfolgten vollkommen spontan.

Die krankhafte Geschlechtseigenschaft Ruthas er-gebe sich auch aus zahlreichen seiner Schrift-stücke, in denen er die Frauenliebe ablehnt, weil diese der Männerfreundschaft abträglich sei.

Abschließend verlangte der Prokurator die Ver-urteilung sämtlicher Angeklagter im Sinne der Anklage.

Nach dem Plädoyer des Prokurators kamen sofort die Verteidiger zu Wort. Bei der Verteidi-gung ist eine gewisse hoffliche Arbeitsteilung zu beobachten, so daß jeder Verteidiger neben den speziellen Interessen seines Klienten einen Teil der allgemeinen mit dem Verfahren zusammenhängen-den Fragen behandelt. Der erste Verteidiger Dr. Lebed a versuchte, in dem Verfahren eine poli-tische Note nachzuweisen. Der zweite Verteidiger, Dr. Jurna, führte u. a. aus, in dem bei der Rei-senberger Polizeidirektion geführten Unter-suchungsverfahren sei eine Verfolgung gegen die Sudetendeutsche Volk zu erkennen, und kritisierte auch in unzulässiger Weise die Staatsanwaltschaft, weshalb Prokurator Dr. Kotel beantragte, Dr. Jurna möge gemäß § 236, der St.-P.-O. belangt werden. Als Dritter sprach Dr. Osborne, der auf die verfassungsmäßig gewährleistete Trennung der staatlichen Verwaltung von der Rechtspflege hin-wies und im Zusammenhang damit die Beweis-kraft der polizeilichen Konstitute der Angeklagten anzweifelte.

Nach der Nachmittagspause trat gegen 15 Uhr der Senat zu einer neuen Beratung zusammen, um über den Antrag auf Disziplinierung Dr. Jurnas zu entscheiden.

Nach Aufnahme der öffentlichen Nachmittags-sitzung verhandelte der Senatsvorsitzende Dr. Ja-nonek, daß Dr. Jurna auf Antrag des Staats-anwaltes zu 500 Kč Geldstrafe verurteilt wurde.

Dann kam als nächster Verteidiger Dr. Her-zog zu Wort, der trotz Verwarnung des Gerichtes eingehend über die Person Ruthas sprach und sich mit der Frage befahte, welche Motive wohl zur Einleitung des Verfahrens geführt haben. Er erklärte, es sei dies der abgrundtiefe Haß des Zeugen Rudolf Hain, der alle Anstrengungen ge-macht habe, um Material gegen Rutha zusam-menzutragen.

Die andern Umstände, um gegen Rutha vor-zugehen, kommen aus den Turnvereinen, Wandervogelvereinigungen und aus dem Ka-meradschaftsbund

um, es habe den Anschein, als ob sich dieses Ver-fahren auch gegen diese Vereine richten würde. Rutha, mit dem Hedner bei der Polizei gespro-chen habe, habe wiederholt erklärt, daß gegen ihn ein Rufmord verübt würde. Der nächste Verteidi-gter Dr. Kriegelstein, der Vertreter Dr. Walter Rahn, erklärte, der vorliegende Straffall sei ein Drama, dessen Opfer ein „titianischer Charak-ter“ (gemeint ist Rithal Die Red.) sei. Der Prozeß sei ein Torso und werde es deshalb blei-ben, weil Rutha tot ist.

Dr. Walter Rahn habe sich, als er von dem Tode Ruthas erfuhr, zu einer Generalbeichte veranlaßt gesehen und habe Angeständnisse ge-macht.

Der Verteidiger appellierte an das Gericht, es möge diesen Sensationsprozeß mit einem sensatio-nellen Urteil beschließen.

Nach dem die Verteidiger ihre Plädoyers abgeschlossen hatten, erhob sich der Staatsanwalt zu einer längeren Replik, welche wichtige Details aus der Geschichte der Anklageerhebung enthielt.

Dr. Kotel konstatierte einleitend, daß die Verteidigung zu einem Teil kein hohes Niveau gehabt habe, besonders als sie die Polizeibehörde und die Staatsanwaltschaft angriff. Er verteidigte sich energisch gegen diese Angriffe.

Wohl sei schon vor der Aufnahme des Verfah-rens bzw. bei seinem Beginn von politischen Einflüssen gesprochen worden, die Agitation von Mann zu Mann habe sich in einem politi-schen Rahmen bewegt und gerade deshalb hat sich die Staatsanwaltschaft gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit von der Hauptverhandlung an-gesprochen.

Diese politische Agitation habe auch jetzt noch nicht aufgehört, erklärte der Prokurator. Er müsse kon-statieren, daß es insbesondere der Verteidigung bekannt sei, daß die Staatsanwaltschaft die Straf-akten gegen Werner Weiß und Genossen erst am 27. Oktober d. J. zugestellt erhalten habe und daß diese Akten noch am gleichen Tage über An-trag der Verteidigung zur Kompletierung zurückgeschickt worden sind. Es sei ferner der Verteidigung bekannt, daß die ge-nannten Akten der Staatsanwaltschaft erst wie-der am 6. November vorklagen und daß die Staatsanwaltschaft trotzdem bereits am

Der Krach im Deutschen Turnverband

Die Hinausgeworfenen berichten

Allmählich erfährt man die näheren Um-stände, unter denen sich auf der Tagung des Deut-schen Turnverbandes am Sonntag in Vodenbach die henleinmäßige „Reinigung“ vollzog. Dies-mal kommen die Dinge mehr auf Umwegen zu unserer Kenntnis, über „Kumburger Zeitung“ und „Bohemia“ vor allem.

Die „Kumburger Zeitung“ berichtet unter anderem, daß es sich bei den sechs hinausgewor-ten Gaujugendwarten um die Führer der Gaus Böhmischerwald, Westböhmen, Nordwestböhmen, Nordböhmen, Mittelböhmen und Südböhmen han-delt. Da es sich hier um Gaus mit vielen Tausenden Mitgliedern handelt, darf man schon neugierig sein, ob mit den Gemah-regelten nicht doch auch ein schönes Stück „Ge-folgschaft“ Herrn Henlein Abo sagen wird. Denn das war die Kardinalfrage in Vodenbach: Wer ist für, wer gegen Henlein? Und während der Verhandlungswart Sozial für 1938 die Parole ausgab: „Der Letzte Pimpf muß auf Konrad Henlein ausge-richtet sein“, richteten sich ein halbes Dutzend Unterkommandanten gegen Henlein aus. Das soll nicht ohne Krach vor sich gegangen sein, zumal sich unter denen, die von Henlein abtrüben, ver-diente Funktionäre befinden, die die Ver-tretung seinerzeit aufbauen halfen.

Die jungen Herren, die hinter Henlein nicht mehr mittun wollen, genieren sich auch gar nicht, der Öffentlichkeit ihren Standpunkt klarzumachen. Ihr Sprachrohr ist die „Bohemia“; dori ver-lautbart namens der abtrünnigen Gaujugendwarte jener von Prag-Graben, ein Herr Bertl Juch, unter anderem folgendes:

„Auf der Amtswahltagung des Deutschen Turnverbandes... hat die Verbandsführung folgensthwere Entscheidungen gefällt. Vor allem muß festgelegt werden, daß die Verbandsführung unsere schwersten Bedenken hinsichtlich der welt-anschaulichen und sittlichen Reinheit führenden Amtswalter nicht entkräftigen konnte.“

Wir mußten im Gegenteil mit Sorge erkennen, daß eine bestimmte Gruppe in der Jugendführung von der vorbedachten Absicht ausging, alle Amtswalter zu entlassen, die nicht gewillt waren, Handlungen zu decken, die mit den Ver-bandgrundsätzen im Widerspruch stehen... Während noch am Vorabend von der Verbands-führung der unpolitische Charakter des Ver-bandes hervorgehoben wurde, durchbrach die Ver-bandsjugendführung diesen Grundfah wenige Stunden später in den Sonderberatungen. Man versuchte uns künstlich in einen Gewissenskonflikt zu treiben, indem man von uns ein neuer-liches Bekenntnis zu Konrad Hen-lein forderte, obwohl ein solches Bekenntnis in-folge der letzten politischen Tagesereignisse von uns als Parteinahme für eine bestimmte politische Gruppe angesehen werden mußte. Mit Rücksicht auf Idee und Einheit des Verbandes, der über den innerweltlichen Gegenfah zu stehen hat, konnten wir das Vorgehen der Verbandsjugendführung nicht mehr billigen. Die Verbandsjugendführung sah aber darin einen Grund, um uns von unseren Aemtern zu entheben.“

Die „Zeit“ verschleierte sämtliche Tatbestände, gibt nur wenig davon ihren Lesern bekannt und versucht nach dem Rezept zu verfahren: Reden wir von etwas anderem. Aber es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß die Ausgeschlossenen oder

12. November die Anklage erhoben habe. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hätte das Urteil in diesem Verfahren bereits um einen Monat früher gefällt werden können. Es sei jedoch nicht die Schuld der Staatsanwaltschaft, daß die Haft der Angeklagten solange dauerte. Die Polizei-protokolle seien für die Verteidigung eine große Enttäuschung gewesen, da in ihnen die Geständ-nisse der Beschuldigten protokolliert waren und zwar in dem Wortlaut, den die Beschuldigten selbst den polizeilichen Protokollführern diktiert hatten.

Im Laufe der Hauptverhandlung sei seitens der Verteidigung wiederholt der Vorwurf erhö-ben worden, daß einer der Angeklagten tot ist. In den Akten dieses Verfahrens sei aber nicht nur von zwölf Angeklagten die Rede und zwölf Ange-klagte seien lebend auf der Anklagebank.

Dieses Vorgehen der Verteidigung ist auf die uninformierte Öffentlichkeit gerichtet, um das gegenwärtige Verfahren herabzusetzen.

Gegenüber dem Verlangen der Verteidigung, die-sen Sensationsprozeß mit einem sensationellen Urteil zu beschließen, verlange er als öffentlicher Ankläger, das Gericht möge ein gerechtes Urteil fällen.

Nach einer Unterbrechung der Verhandlung sprach ein Schlußwort namens der Verteidigung Dr. Kriegelstein sowie namens der Anze-klagten Werner Weiß, der um eine gerechte Prüfung des Falles und um ein mildes Urteil bat. Die Verhandlung wurde um 18 Uhr geschlossen. Der Vorsitzende des Senates erklärte, daß die Urteilsvorbereitung Donnerstag, den 9. Dezember, vormittags, erfolgen werde.

„Entbunden“ sowohl der SdP als auch dem Turnverband nunmehr manche bittere Stunde be-zelten werden. Die ganze „Volksgemeinschaft“ ist in Gefahr, ins Ru-tzen zu kommen.

Herr Kasper unterdessen, unter ständiger Betonung seiner „äußersten Zurückhaltung“, be-nutzt dennoch jeden Anlaß, um sich immer wieder zum Worte zu melden. Zuletzt hat es ihm das vertrauliche Rundschreiben Sebelovskys an-getan, das wir in unserer Sonntagsnummer ver-öffentlichten. Herr Kasper nennt es „bezeichnend“, daß wiederum so in diese vertraulichen In-formationen in die Hände belamen. Bezeichnend für wen oder für was? Doch jedenfalls nur für die Vertrauenslosigkeit, die ringsum in der „Volksgemeinschaft“ herrscht!

Herr Kasper macht dann noch ein paar Be-merkungen über „Elemente, die seit Jahr und Tag den erbärmlichsten Kampf gegen ihn führen und deren Werkzeug der Abq. Anorte sei“. Wir sind begierig, von Herrn Kasper direkt oder aber aus unseren Quellen, die den Derfschaften allmählich auf die Ketten zu gehen scheinen, Näheres über die für das Sudetendeutschtum so vorbildliche und vorteilhafte Wüste Auseinandersetzung der diver-sen Lager zu hören.

Die „Prüger Zeitung“ stellt fest, daß die

Bauten und Lieferungen

Erfolge des 18. Feber

an deutsche Firmen

Die Zentralstelle der deutschen aktivistischen Parteien beschäftigt sich nicht nur unabhängig mit der Frage der Neuaufnahme deutscher Bewerber in den Staatsdienst und mit den Wünschen der Staatsangestellten, sondern verfolgt mit beson-derer Aufmerksamkeit auch die Vergabe staatlicher Bauten im deutschen Gebiet, weil es hierbei um einen wichtigen Sektor der Arbeitsbeschaffung geht. Daß der zweitmäßige Straßeneinbau zu sicht-baren Erfolgen führt, zeigt folgende Zusammen-stellung größerer Bauprojekte, die dank dem Ein-greifen der aktivistischen Zentral-stelle in den zurückliegenden Monaten und Wochen deutschen Firmen zur Ausfüh-rung übertragen wurden. Es handelt sich zu-nächst um vier Pöllamtsgebäude in Tepliz, in den Bezirken Aš, Tepliz und Traute-nau sowie im Kulschiner Ländchen. Im Bereiche der Staatsbahnverwaltung wurde der Bau einer Haltestelle in Kl. Herms-dorf, die Heizhausvergrößerung in Kumburg und die Errichtung des Admi-nistrationsgebäudes bei den Garagen auf dem Bahnhof in Trautenau deutschen Firmen übertragen. Aus dem Postressort sind besonders die Neubauten in Tepliz, Schöna und Vodenbach hervorzuheben. Schließlich waren die Vermählungen der Zentral-stelle der deutschen aktivistischen Parteien im Falle der Regulierung des Polratih und Rekomih-Gaches in Leitmerih, bei dem Straßenbau Draus-Voden-stadt und im Falle des Pöramtsge-bäudes in Weipert von Erfolg begleitet. Dadurch wurde mehreren hundert deutschen Arbeitern wenigstens vor-

Erklärung

Wir haben in unserer Nummer 116 vom 14. Oktober 1937 unter der Ueberschrift „Die Ge-tränkten“ über die Klage berichtet, welche die Zeitschrift „Sozialdemokrat“ in Prag gegen den Politiker Konrad Henlein wegen dessen in Leit-merih gehaltenen Rede angebracht hat. Wir er-klären hiermit, daß es uns vollkommen ferne lag, die Redaktion des „Sozialdemokrat“ durch diesen Bericht zu beleidigen, daß wir uns mit der wie-dergegebenen beleidigenden Aeußerung Konrad Henleins weder identifizieren wollten noch identi-fizieren und die von uns wiedergegebene Behaup-tung mit dem Ausdruck des Bedauerns wider-rufen. Wir leisten der Redaktion des „Sozial-demokrat“ auf diese Weise volle Genugtuung.

Die Redaktion des „Gräßlicher Volksblatt“.

„Führer“ alle miteinander „ein schieles Beispiel“ geben, das „das Vertrauen zum 19. Mai 1935 in Gefahr bringt“; nun müsse das Volk an die appellieren, die seinerzeit an es sich wandten; es besteht eine große Ver-trauenstschuld dieser führenden Schicht... und der Ernstheter Sünde gebietet, sie dar-an zu erinnern“.

Homosexuellen-Affäre in Freudenthal

Wie der „Pr. Vr.“ aus Troppau meldet, wurden 22 S b P Angehörige aus Wei-benau und Freudenthal von der Polizei bei un-sittlichen Handlungen überrascht und verur-teilt. Im Rahmen der Untersuchung ergab sich, daß diese Affäre weit größere Kreise zieht, als man annahm.

Am die Nationalität des Dr. Sebelovskys. Vor einigen Monaten wurde im „Právo lidu“ be-hauptet, Dr. Wilhelm Sebelovskij habe um die Aufnahme als aktiver Offizier der tschecho-slowakischen Armee angefleht und dabei als Na-tionalität tschechoslowakisch angegeben. Die Nach-richt wurde seinerzeit vom Verteidigungsministe-rium dementiert. Das Blatt kommt nun nochmals darauf zurück und erklärt, daß sein seinerzeitiger Bericht insofern unrichtig war, als es sich nicht um ein Gesuch Dr. Sebelovskys um Einstellung als aktiver Offizier gehandelt hat, sondern um das Gesuch, das Sebelovskij seinerzeit bei Ablei-tung der aktiven Präsenzdienstzeit um die Auf-nahme in die Reserveoffizierschule abgab. In diesem Gesuch habe er sich als tschechoslo-wakischer Nationalität bezeichnet. Das MRO habe seinerzeit durch das Dementi Herrn Sebelovskij ermöglicht, der Beantwortung der Frage hinsichtlich der Angabe seiner Nationalität für fünf Monate auszuweichen, heute werde aber diese Frage neuerlich gestellt. (MRO)

Herrn Konrad Henlein werden. Das ori-ginelle Argument gegen die SdP-Opposition hat der „Tepliz-Schönaer Anzeiger“ gefunden, der in einem Leitartikel der Sorge Ausdruck gibt, daß die Ketten Konrad Henleins den Aufregungen nicht standhalten könnten, denen sie fortwährend ausgesetzt sind: „... im eigenen Lager (zu dem sich der „Tsch. A.“ ganz folgerichtig zählt. Die Red.) sollte man bedenken, daß man keines Mannes Nervenkraft durch Zwischenfälle immer wieder gefährden darf, die um so böser wirken, als sie von Leuten betrunken werden, denen man (1) Vertrauen schenkt.“ — Also gebt Herrn Henlein „Kraft durch Nervenschonung“!

übergehend eine Arbeitstätte gesichert. Die hier angeführten Arbeiten repräsentieren einen Bau-

Deutsche Firmen, Achtung!

Die Zentralstelle der deutschen aktivistischen Par-teien macht darauf aufmerksam, daß das Ministerium für nationale Verteidigung die Lieferung einer gan-gen Reihe von Artikeln ausführt, welche zur An-fertigung von Uniformen sowie für sonstige Zwecke der Wehrmacht dienen. Diese Auslieferung um-faßt: 1. Rohstoffe für Hüten, Kappen, Hüten, Män-tel usw. 2. Ganzleinen- und Halbkleinen-Borten für Sommeruniformen usw. 3. Wasmittelwaren. 4. Inten-sivwaren. 5. Pöamentwaren. 6. Zwirne und Garne. 7. Papierwaren (Notizblöcke usw.). 8. Diverse Bür-sten für Kleider, Schuhe und Hähne. 9. Seilerwaren. 10. Schuhe. 11. Leder und Lederwaren. 12. Pelz-waren. 13. Eisenbeschläge für Schuhe. 14. Etschalen und Bestecke. 15. Feldtrampeln B und Streifen. 16. Bestandteile für Eisenbetten. 17. Feldstulpen und Korke. 18. Abzeichen, Badien, Knöpfe, Dasteln, Nün-geln, Schnallen usw. 19. Schutzeinrichtungen, Eisen- und Holznägel usw. 20. Verschiedene Metallwaren. 21. Nähmaschinen für Schneider und Schuster. 22. Chemische Erzeugnisse, und zwar Kaptschalen, Pö-mittel usw. 23. Diverse Pelzwaren. 24. Ets- und Bergsteigergerätschaften. 25. Verschiedene Waren-arten. Die Lieferfrist endet allgemein in der Zeit zwischen April und August 1938. Letzter Offert-termin ist der 6. Jänner 1938, 12 Uhr mittags. Alle näheren Bestimmungen enthalten die „Detailbedin-gungen“. Diese, sowie die für Lieferungen für den Bedarf des tschechoslowakischen Senates geltenden allgemeinen Bedingungen, Beschreibungen und Muster, Offertformulare und Drucksachen zur Erlegung des Vadiums folgt Interessenten auf Ersuchen gegen Ver-nahme oder Nachnahme der Haupt- oder der Auf-tobst- und in Brunn aus. Der deutsche Anspruch kann nicht nur anerkannt, er muß auch reklamiert werden.

Ein reiches Programm Dr. Czechs

Die Senatsdebatte über das Exposé des Gesundheitsministers

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Senates entspann sich am Dienstag eine rege Debatte über das Exposé des Gesundheitsministers Dr. Czech, das den Ausschussmitgliedern schriftlich überreicht worden war.

Die größte Aufmerksamkeit war der Populationsfrage und den Berufskrankheiten gewidmet. Alle Redner betonten die unbedingte Notwendigkeit eines systematischen Mutter- und Kinderschutzes gegen die Kindersterblichkeit, einer Verziehung und Verbesserung der Fürsorge vor der Geburt und eine Verbesserung der gesundheitlichen Fürsorge namentlich auf dem Lande.

Minister Dr. Czech dankte in seinem Schlusswort den Ausschussmitgliedern für das Verständnis, das sie den Bemühungen des Ministeriums entgegenbringen. Der finanzielle Stand des Staates gestatte es derzeit nicht, das Populationsproblem in seiner ganzen Breite zu lösen. Deshalb müsse man in erster Reihe mit dem gesundheitlichen Sektor beginnen. Die erste Sorge ist die Erhöhung des Schutzes der Mütter und Kinder. Es besteht der Plan, gynäkologische und Säuglingsabteilungen an den öffentlichen Krankenhäusern zu errichten und die Fürsorge vor der Geburt zu vertiefen. Auch eine Vorlesung über schulärztliche Pflege und ein Programm zur systematischen Bekämpfung der Herzerkrankungen wurde ausgearbeitet. Der Minister lehnt kategorisch jede Möglichkeit der Einführung einer Zwangs-

sterilisation ab, da sie mit dem Prinzip der Demokratie und der Menschlichkeit unvereinbar sei. Was die Berufskrankheiten betrifft, so arbeitet der Minister an der Errichtung von Lehrstühlen an allen Universitäten sowie an der Einführung einer gewerbärztlichen Inspektion. Für die Joachimsthaler Bergarbeiter wurde eine Beratungsgesellschaft eröffnet. In den von Diphtherie betroffenen Gegenden werden noch heuer ärztliche Kurse veranstaltet werden, gleichzeitig wird dafür gesorgt werden, daß die Epidemie-Antisepsis in den bedrohten Orten rechtzeitig eingreifen kann. Unbemittelte Personen werden den Impfstoff umsonst erhalten. Dem Problem der körperlichen und insbesondere der geistigen Gesundheit widmet das Ministerium ständige Aufmerksamkeit. Die erforderlichen Budgetmittel sollen allmählich erhöht werden.

Der Minister informierte dann den Ausschuss über den neuen Entwurf eines Krankenversicherungsgesetzes. Sobald die mit der Staatsverteidigung zusammenhängenden dringenden Fragen gelöst sein werden, wird es notwendig sein, sich mit aller Kraft der Verteidigung der Volksgesundheit zu widmen, denn die Erhöhung des gesundheitlichen Niveaus der Bevölkerung ist das erfolgreichste Mittel zur Stärkung der Staatsverteidigung. Der Minister ersuchte den Ausschuss, diesen Bestrebungen seine Unterstützung zu leisten.

Hodža verhandelt mit den Polen

Bereinigung im Geiste des 18. Feber

Prag. (Tsch. P. B.) Der Vorsitzende der Regierung, Dr. Milan Hodža, empfing Dienstag im Ministerratspräsidium die Delegation des Verständigungsausschusses der polnischen Parteien. In der Delegation war die polnische Volkspartei durch die Herren Dr. Buzel und Pastor Berger, die polnische sozialistische Partei durch Prof. Wabura und Sekretär Kotarba und der Verband der bäuerlichen Katholiken durch den Abgeordneten Dr. Wolf und das Mitglied der mährisch-schlesischen Landesvertretung, J. Junga, vertreten. — Alle Sprecher betonten in ihren Rundreden die Relevanz der polnischen Bevölkerung zur Republik und sprachen die Hebung der Lage aus, daß ihre Interessen und Bedürfnisse im Rahmen der Verfassung und der Gesetzgebung der Tschechoslowakischen Republik voll befriedigt werden können.

Der Vorsitzende der Regierung betonte in seiner Antwort, daß die Forderungen und Wünsche, die ihm eben vorgetragen wurden, nicht im Widerspruch stehen mit der tschechoslowakischen Verfassung, und erklärte, daß diese Forderungen im Geiste des Regierungsbeschlusses vom 18. Feber 1. J. über die Grundzüge der Minderheitenpolitik, die alle Nationen in der Republik betrifft, zum Gegenstand von Erwägungen in der Regierung und von Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien werden gemacht werden. Dr. Hodža würdigte insbesondere, daß der Verständigungsausschuss aus freien Stücken und aus eigenem Antrieb mit den Regierungsfaktoren in Fühlung getreten ist.

Die Audienz des Verständigungsausschusses wurde nach der Rundgebung des Sekretärs Kotarba beendet, der dem Vorsitzenden der Regierung für die herzliche Aufnahme dankte und die Hebung der gegenseitigen Vertrauens beitragen werde, wobei er hervorhob, daß der Verständigungsausschuss in der Demokratie den einzigen Weg erblicke, auf dem die polnische Bevöl-

kerung der Republik zu einer besseren Zukunft gelangen wird.

Die Forderungen der polnischen Minderheit

Zu der Vorsprache polnischer Minderheitsvertreter beim Ministerpräsidenten Dr. Hodža äußerte der DND, daß die überreichte Denkschrift, vor allem folgende Forderungen enthält: Schließung der Vertretung im Staatsdienst und in den staatlichen Unternehmungen, Berücksichtigung bei Staatslieferungen und Subventionen, Zuerkennung der Staatsbürgerschaft an alle mindestens 15 Jahre auf tschechoslowakischem Gebiete lebenden Polen, völlige Freiheit der Tätigkeit der polnischen Vereine und Organisationen, sowie der wirtschaftlichen Tätigkeit polnischer Unternehmungen, Berichterstattungen zwischen dem tsch. Grenzgebiet und Polen und Erleichterung der kulturellen Beziehungen der polnischen Minderheit in der Tschechoslowakei mit Polen, Erneuerung des Arbeitsverhältnisses für alle aus politischen Gründen entlassenen Polen, insofern nicht Gerichtsurteile vorliegen, Wiederaufnahme und Entschädigung der polnischen Eisenbahnarbeiter und Beamten, entsprechende Beschäftigung von Arbeitern und Beamten polnischer Nationalität in den Privatbetrieben, insbesondere im Bergbau, Verhinderung des Zugangs ausländischer Gemeindeglieder in die überwiegend polnischen Gemeinden und grundsätzliche Bevorzugung der ansässigen polnischen Bevölkerung bei der Vergabe von Arbeitsplätzen, Verhinderung jeder Entnationalisierung, Zuerkennung einer entsprechenden Anzahl von Anwartschaften usw. Auf dem Schulgebiete wird vor allem die Verstaatlichung des polnischen Privatschulwesens und anderer Lehranstalten, die Abberufung tschechischer Lehrer von polnischen Schulen und ihre Ersetzung durch Polen und die Umstellung polnischer Kinder aus tschechischen Schulen in polnische Schulen gefordert. (DND)

Der unbekannte Vertrauensmann

Man nimmt das Wirken des sozialdemokratischen Vertrauensmannes im Alltag als etwas Selbstverständliches hin. Da gibt ein Mann in der Sozialkommission der Gemeinde oder des Bezirkes, Hunderte, tausende Fälle werden im Laufe der Zeit an ihn herangetragen. Er wird gebeten, dies und jenes zu tun, wird interpelliert oder auch beschimpft — und am nächsten Tage steht er, alle Stunden seiner Freizeit opfernd, die gestern unterbrochene Tätigkeit ununterbrochen fort. — Da ist einer in der Gemeindefabrik, ist Mitglied des Stadtrates oder einiger Kommissionen und ständig lebt er in engstem Kontakt mit den Bewohnern der Gemeinde, auf das Wohl des Gemeinwesens und jeder seiner Glieder bedacht. — Dort arbeitet einer in der Krankenkassenverwaltung, ehrenamtlich, aber umso eifriger, und tausend Kleinigkeiten sind zu tun. Das Weck ist in Ordnung und läßt — steht die Kreuze, die dem Helfer aus den Augen leuchten! — Hier ist eine Arbeiterin in der „Arbeiterfürsorge“ tätig. Die Ausgesteuerten kommen zu ihr, denn ihre Kinder haben keine Mütter und kein Brot; Alters- und Invalidenrentner sind da, klagen ihr Leid, wollen Auskunft oder Unterstützung ihrer Ansuchen. Dort sind die Mitglieder des Betriebsrates um ihre Kollegen bemüht, hier wirken Arbeiter in den Verwaltungsorganen der Krankenkassen — und viele andere „beunruhigen“ sich damit, das komplizierte Räderwerk der sozialistischen Organisationsmaschinerie in Gang zu halten. Dies alles fällt, wie gesagt, gar nicht mehr auf.

Hat man aber einmal Gelegenheit, bei einer

sozialdemokratischen Beratung alle diese Sozial-, Verwaltungs- und Organisationsfunktionäre beisammensetzen und zu hören, wie sie sich ihre Erfahrungen und Sorgen vom Herzen reden, so ist man erschüttert ob des Ausmaßes der Arbeit, das auf jedem einzelnen dieser Menschen lastet, ob der schlichten Größe, mit der jeder seine Last so unbedrossen trägt, daß man glauben darf, es sei ihm Bedürfnis und Freude, den Mitmenschen selbstlos zu dienen.

Am vergangenen Sonntag konnte man das große Erlebnis selbstloser sozialistischer Nächstenliebe wieder einmal stark empfinden: das war bei der Nürnberger Kreisversammlung der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Gewiß — dieses Erlebnis kann man bei jeder anderen sozialdemokratischen Konferenz auch haben; wo immer sozialdemokratische Vertrauensleute zu ernster Arbeit sich versammeln, ist diese stillliche, aber, wenn ihr Wille, im Grunde genommen tief religiöse Gesinnung lebendig: die Bereitschaft, sich für den Nächsten, sich für die große Idee der Menschenliebe zu opfern, die das eigentliche Wesen der sozialistischen Arbeiterbewegung ist. Nach jeder solchen Tagung möchte man jedem einzelnen Mann, jeder einzelnen Frau dankbar die Hand drücken für das schöne Erlebnis tätiger menschlicher Güte, das ihr Auftreten vermittelt.

Welch eine Sachkenntnis, welche eine Tatkraft lebt und weht in den wegweisenden Worten der Hauptredner, welche ein Verantwortungsbewußtsein spricht aus ihnen! Und ob auch jeder der Debattenredner sagt, ob jeder Betrachter über die Vernachlässigung seines Tätigkeitsgebietes oder seiner Schutzpflichten durch die öffentliche Verwaltung vorbringt: immer geschieht es für die

Tagesneuigkeiten

Deutschland 1937

In einer kleinen bayerischen Stadt, nahe unserer Grenze, fand man kürzlich einen Mauer-Anschlag mit folgendem bezeichnenden Bierzeiler:

„Die Straßen werden immer glatter,
Die Führer immer fester,
Die Arbeiter immer härter,
Dafür sorgt schon der Führer“.

Wer genug Phantasie besitzt, wird sich vorstellen können, was dem Verfasser oder dem Verbreiter dieser Verslein passieren würde, wenn man sie erwischte.

Der Mann, der jene Verse schrieb, dürfte kaum bereit sein, vor jemandem auf den Knien zu rutschen. Aber nach einem Gerichtssozialbericht der „Frankfurter Zeitung“ darf das in Deutschland niemand:

„Während eines Streites, bei dem sich die Gegner beschimpft hatten, war auch die Bemerkung gefallen: „Du wirkst noch auf den Knien zu mir rutschen“. Diesen Spruch hat jetzt der Strafsenat des Oberlandesgerichtes Köln als strafbar bezeichnet. In der Begründung erklärte das Gericht unter anderem, daß diese Bemerkung nicht nur eine Drohung sei, sondern auch eine Beleidigung und Mißachtung im Sinne des Paragraphen 133 StGB darstelle. „Ein deutscher Mann rutscht nie und unter keinen Umständen auf den Knien. Wer eine derartige Bemerkung einem anderen gegenüber macht, mutet ihm etwas Unrechtes zu und kränkt ihn damit in seiner Namengehre“.

Nur vor dem „Führer“ darf man, ja, mit Knien. Und je devoter man rutscht und je eifriger man seine Stiefel lockt, als um so besserer Deutscher wird man betrachtet.

Unlautere Machinationen. Vor dem Senat des Kreisgerichtes Bielefeld hatte sich Dienstag der 57-jährige Ausgedehnte Josef Janasch aus Bielefeld zu verantworten, der als Kassier des Spar- und Verschönervereines in Bielefeld durch verschiedene unlautere Machinationen rund 125.000,— veruntreut hat. Darnach wurde zu zwanzig Monaten schweren Arbeit, verhängt durch einmonatliche Haft, unbedingt verurteilt.

Moskoff Verkehr. Der Direktor des Instituts für Verkehrsforschung an der Habarduniversität hat berechnet, daß im kommenden Jahre rund 40.000 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben werden lassen müssen. 125.000 Amerikaner werden auf Grund von Verkehrsunfällen arbeitsunfähig werden. (H)

Auf der Eisföhle. (Tsch.) Der Chef der sowjetrussischen Polarstation „Korpol“ Vopamin teilt mit, daß die Station auf der treibenden Eisföhle 200 Tage lang ununterbrochen wissenschaftliche Arbeit leistet und daß sie ihre interessantesten Beobachtungen beenden will und daher den Abflug verschoben will. Die Polarstation befindet sich nunmehr in einem völlig unerforschten Gebiet und ergänzt planmäßig die geographischen Erkenntnisse durch zahlreiche manuelle, Schwerkraft- und elektrische Messungen. Die Eisföhle ist vom Nordpol bereits 1200 Kilometer entfernt und ihre „Fahrtstrecke“ sind entschlossen, noch einmal soviel zu driften, um möglichst viele wissenschaftliche Beobachtungen zu sammeln und mit in die Heimat zu bringen.

Rückzug Sidors. „Sid. Kovin“ verweisen auf einen Artikel in der Dienstag-Ausgabe des „Slovak“, der eine Antwort an Außenminister Dörrer sein soll, aber in Wirklichkeit ein völliger Rückzug Sidors ist. In dem Artikel heißt es, die

anderen, für die Mitmenschen, die das Bedürfnis nach einer Ernährungskarte haben, nach einigen zufälligen Rententronen, nach ein m Spitalsbett, einem Platz im Stiegenhaus, nach ärztlicher Hilfe und nach tausend anderen Dingen haben. Einer um den anderen tritt auf; und jeder beklagt es, daß er nicht soviel helfen kann, wie er gern möchte, jeder ruft die Partei an, den und jenen Hebelhand abschaffen zu helfen — und doch haben alle zusammen das Gefühl, daß es dabei wieder nur auf ihren Willen und ihre Kraft ankomme, denn die Partei — das sind sie, und durch die Partei müssen sie sich helfen, müssen sie sich für ihre Mitmenschen helfen. Reizt nur, ihr Gegner aller Schattierungen, über den „Materialismus“ der sozialistischen Bewegung! Die Selbstlosigkeit, die Hilfsbereitschaft, sie sind doch nur in ihr lebendig!

Da hat der Führer der Volksgemeinschaft angesichts der himmelschreienden Not zehntausender Volksgenossen das süß-böhmische Wort erpedigt, er könne warten, und tatsächlich sind er und seine Leute mit nichts anderem beschäftigt als mit dem Schmieden von Formeln und hohlen Phrasen. Der unbekannte sozialistische Vertrauensmann aber ist von der Beratung nach Hause gegangen mit dem Bewußtsein, daß die Armen, daß die Arbeiter ebensomenig warten können wie früher. Mit dem Erlebnis gemeinsamen Wollens im Herzen, hämmert er, heute wieder im Alltag, helfend und beratend an dem Bau einer besseren, einer stilllichen Welt; der Gedanke an sie läßt in ihm, er macht ihn gut und stark, er lautert ihn zu reinstem Bewußtsein. Und darum ist die sozialistische Idee ebenso unüberwindlich wie ihre Volkstredner, die sozialistische Arbeiterbewegung.

Postbeutel mit 100.000 Kč gestohlen

Königsgrätz. Dienstag zwischen 18.45 und 19.27 Uhr wurde aus dem Staatsbahnautobus auf der Linie Holic—Vardubitz von einem unbekannten Täter ein Geldsack mit einem Betrag von 108.400 Kč entwendet. Der Diebstahl wird untersucht.

causa Tula sei weder innerpolitisch noch außenpolitisch aktuell und Sidor habe mit seiner Rede lediglich einen Angriff gegen „die Institution der Berufszeugen“ beabsichtigt.

90 Häuser weggeschwemmt. Der Hochwasser führende Abfluss und seine Zuflüsse haben überall schweren Schaden verursacht. Etwa 200 Meter der Eisenbahnstrecke wurden mitgerissen. Das Wasser der hochgehenden Flüsse Sitnice und Buzicha haben 45 Häuser zum Einsturz gebracht. — Ganz Griechenland wurde in diesen Tagen von heftigen Unwettern heimgesucht. Die schwersten Verheerungen wurden aus Thrazien gemeldet. Dort wurden mehrere Dörfer von den angeschwollenen Gebirgsbächen vollkommen überschwemmt. 50 Häuser sind eingestürzt.

Ein Cranach entdeckt? Bei Erneuerungsarbeiten in der St. Gaudolfkirche in Bamberg wurde ein Bild entdeckt, das die Sachverständigen Lukas Cranach zuschreiben. Es handelt sich um ein Allerheiligen-Bild, das nach Abschluß der Arbeiten in der Kirche aufgestellt werden soll.

Demonstration der Berliner Auslandsjournalisten. Der Berliner Korrespondent der „Völkischen Nachrichten“, Hermann Börschstein, dem die deutschen Behörden die Erneuerung der Aufenthaltserlaubnis verweigert haben, ist Montag abends aus Berlin abgereist. Etwa 50 Vertreter der Auslandspresse hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden, um so dem Journalisten ihre Sympathien zu bekunden.

Raubüberfall. In der Gemeinde Makovec im Bezirke Velsk Kapusany in der Ostslowakei drangen in der Nacht auf Dienstag sechs maskierte bewaffnete Männer in den Laden des Israel Silber ein, wo sie 600 Kč entwendeten. Gegen Silber gab es einige Schüsse ab, die diesen aber nicht trafen. Den Tätern gelang es zu entkommen.

Lord Halifax sieht Gespenster. Bis zu seiner Reise nach Deutschland war Lord Halifax lange nicht so im Ausland bekannt wie seine anderen Ministerkollegen. Dagegen kennt ihn das englische Publikum außerordentlich gut, wenn auch nicht so sehr aus seiner politischen wie vielmehr aus seiner literarischen Tätigkeit. Lord Halifax beschäftigt sich nämlich in seinen Mußestunden damit, Gespenstergeschichten zu schreiben. Sie sind ganz besonders gut, und die Zeitungen reihen sich nach ihnen. Sie erschienen wiederholt in Tages- und Wochenzeitungen, und sie sind dann sogar gesammelt und in einem viel gefaßten Bande von Gespenstergeschichten herausgegeben worden. Halifax ist sowasgen Experte in Gespenstergeschichten, denn er erhält dauernd Zuschriften von allen möglichen Lesern, die Gespenster in ihren Schlössern, Wohnungen oder Kellern haben. Halifax liest es besonders, diese „wahrheitsgetreuen“ Berichte in literarischer Form zu verarbeiten und dann, wenn irgendmöglich mit voller Namens- und Adressenangabe, in Sonntagszeitungen zu veröffentlichen. Wie es heißt, ist Halifax eben dabei, einen neuen Band von Gespenstergeschichten herauszubringen.

Rebel. Innerhalb eines Tiefdruckgebietes, das sich von den britischen Inseln über Mitteleuropa hinweg bis in die Ukraine erstreckt, verläuft eine Grenze zwischen kalter Luft über dem Nordosten und wärmerer Luftmassen über dem Südwesten des Reiches. An der erwähnten Grenze bilden sich einzelne keine Störungen. Der Wind ist allgemein schwach und die Wetterverteilung über dem Binnenland dabei sehr ungleichmäßig. Eine wesentliche Veränderung ist zunächst nicht zu erwarten. — Wahrscheinliches Wetter Mittwoch: Bei schwachem Wind beträchtliche lokale Bevölkerungswirbel, stellenweise neblig, nur vereinzelt leichter Niederschlag, namentlich im Südwesten des Reiches. Temperaturverhältnisse im allgemeinen ohne größere Änderung, jedoch ungleichmäßig verteilte Temperaturen in Abhängigkeit von der Bevölkerung. — Wetterausichten für Donnerstag: Weitere Witterungsveränderung unsicher.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus dem Programm

Donnerstag:

Frags. Sender I: 7: Morgenmusik, 10.05: Deutsche Presse, 12.05: Schallplattenkonzert, 14: Deutsche Sendung; Dr. Fulan: Heberempfindlichkeitserscheinungen des Körpers, der Seele und ihre Behandlung, 17.15: Kompositionen von Boettcher, 17.50: Deutsche Sendung; Ana, Putschel: Im Winterlager, 18: Jugendkühne mit Musik, 18.20: Landwirtschaft, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 22.40: Tonmusik. — Frags. Sender II: 14.20: Deutsche Sendung; Prof. Jilbert: Liebe und Eifersucht, 14.30: Opernarien, 14.55: Deutsche Presse, 15: Männergesangsverein Konzerte, 20: Schallplatten. — Bräun 15.15: Rundfunkarbeiterkonzert; Orien, Sibellus, 17.40: Deutsche Arbeiterföderation, Köllinger: Aufbau unserer Staat, 19.15: Beliebte Melodien. — Rastau 12.05: Schallplattenkonzert. — Währisch-Ohrau 12.35: Militärmusik, 17.55: Deutsche Sendung; Stadlitz: Gerechtigkeit, Rundfunkspiel, 20.40: Heberempfindlichkeitserscheinungen des Körpers, der Seele und ihre Behandlung, 17.15: Kompositionen von Boettcher, 17.50: Deutsche Sendung; Ana, Putschel: Im Winterlager, 18: Jugendkühne mit Musik, 18.20: Landwirtschaft, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 22.40: Tonmusik. — Frags. Sender II: 14.20: Deutsche Sendung; Prof. Jilbert: Liebe und Eifersucht, 14.30: Opernarien, 14.55: Deutsche Presse, 15: Männergesangsverein Konzerte, 20: Schallplatten. — Bräun 15.15: Rundfunkarbeiterkonzert; Orien, Sibellus, 17.40: Deutsche Arbeiterföderation, Köllinger: Aufbau unserer Staat, 19.15: Beliebte Melodien. — Rastau 12.05: Schallplattenkonzert. — Währisch-Ohrau 12.35: Militärmusik, 17.55: Deutsche Sendung; Stadlitz: Gerechtigkeit, Rundfunkspiel, 20.40: Heberempfindlichkeitserscheinungen des Körpers, der Seele und ihre Behandlung, 17.15: Kompositionen von Boettcher, 17.50: Deutsche Sendung; Ana, Putschel: Im Winterlager, 18: Jugendkühne mit Musik, 18.20: Landwirtschaft, 18.45: Deutsche Presse, 18.55: Aus dem deutschen Kulturleben, 22.40: Tonmusik.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Die Arbeitslosigkeit in den deutschen Bezirken

Die Steigerung im November war kleiner als in den andern Bezirken, aber der Rückgang seit 1936 ist kleiner als im tschechischen Gebiet

Wir brachten in der Sonntagsnummer den Bericht über das Steigen der Arbeitslosigkeit im November, aus welchem hervorging, daß in Böhmen die Arbeitslosenzahl um mehr als 40.000 oder rund 28 Prozent, in Mähren-Schlesien um fast 25.000 oder rund 49 Prozent gestiegen ist. Aus den jetzt vorliegenden Berichten aus den einzelnen politischen Bezirken ergibt sich folgendes:

Böhmen:

Von den 190.000 Arbeitslosen, die in ganz Böhmen gezählt wurden, leben 124.000 in den überwiegend deutschen Bezirken. Das ist ein untrüglicher Beweis dafür, daß trotz der wirtschaftlichen Verringerung nicht die Notwendigkeit aufgehört hat, für diese Grenzgebiete durch Exportförderung, Investitionen, produktive Arbeitslosenfürsorge und nicht zuletzt durch die ordentliche Durchführung der Unterstützungsaktionen Angleichung an das übrige Staatsgebiet herbeizuführen, die bisher noch nicht gelungen ist. Es ist zwar festzustellen, daß die Arbeitslosigkeit im November in den deutschen Bezirken weniger gewachsen ist als in den tschechischen, in diesen ist hingegen eine günstigere Entwicklung festzustellen, wenn man das Vorjahr zum Vergleich heranzieht.

Von den 40.000 im November neu gemeldeten Arbeitsuchenden entfallen auf:

tschechische Bezirke	24.159
deutsche Bezirke	17.705

und es beträgt die Steigerung in den tschechischen Bezirken 58 Prozent, in den deutschen 17 Prozent.

Wenn man weiter geht und nach der üblichen Unterteilung die rein deutschen (80 bis 100 Prozent) von den andern deutschen Mehrheitsbezirken (50 bis 80 Prozent) scheidet, ergibt sich in den ersteren eine Steigerung um 10.404 oder 13 Prozent, in den letzteren eine solche von 7301 oder 29 Prozent.

Anglimpfender wird das Bild, wenn man untersucht, in welchem Grade seit November 1936 die Arbeitslosigkeit zurückgegangen ist. In ganz Böhmen sank die Arbeitslosenzahl von rund 280.000 im November 1936 (davon 172.000 in den deutschen Bezirken) auf rund 190.000 im November 1937 (davon 124.000 in den deutschen Bezirken.)

Von dem Gesamtzuwachs von rund 89.000 (22 Prozent) entfallen auf:

tschechische Bezirke	41.157
deutsche Bezirke	47.705

und es beträgt der verhältnismäßige Rückgang in den tschechischen Bezirken 38 Prozent in den deutschen Bezirken 28 Prozent

In den rein deutschen Bezirken (80 bis 100 Prozent) beträgt der Rückgang 32.744 oder 26 Prozent, in den andern deutschen Bezirken (50 bis 80 Prozent) 14.961 oder 31 Prozent. Es ist zu berücksichtigen, daß ein absolut größerer Rückgang doch perzentuell kleiner sein muß, da eben die Arbeitslosenzahl im deutschen Gebiet eine wesentlich höhere ist.

Mähren-Schlesien:

Ganz ähnlich ist die Entwicklung in Mähren-Schlesien. Dort entfallen von den im November neu gemeldeten rund 25.000 Arbeitslosen auf:

tschechische Bezirke	16.867
deutsche Bezirke	7.601

und es beträgt daher die Steigerung in den tschechischen Bezirken 58 Prozent in den deutschen 36 Prozent

bei einem Landesdurchschnitt von 49 Prozent. Zu den deutschen Bezirken sind hier auch Troppau und Reutitschein gerechnet, die zwar keine deutsche Minderheit von mehr als 50 Prozent haben, aber doch mehr als zwei Fünftel deutscher Bewohner zählen.

Seit November 1936 ist die Arbeitslosigkeit in ganz Mähren-Schlesien von 144.718 um 70.091 auf 74.627 zurückgegangen. (Im Otto-

ber 1937 betrug sie 50.154). Von diesem Rückgang, der 48 Prozent entspricht, entfallen auf:

tschechische Bezirke	45.097
deutsche Bezirke	24.394

und es beträgt daher der verhältnismäßige Rückgang in den tschechischen Bezirken 49 Prozent in den deutschen 45 Prozent.

In beiden Ländern zeigt sich also, daß das industrielle Gebiet, in welchem sich die Krise früher und weitans härter ausgewirkt hat als in den vorwiegend landwirtschaftlichen Gegenden, der Entwicklung jetzt, wo sie sich trotz Hemmungen zum Besseren wendet, nicht schnell genug folgen kann.

Zwischenlösung in den Bergarbeiterverhandlungen

Prag. (Tsch. R.-B.) Dienstag wurden im Ministerium für öffentliche Arbeiten die Verhandlungen über die Forderungen der Bergarbeiter zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Gewerkschaftsorganisationen fortgesetzt. Es wurde ein Abkommen erzielt, demzufolge die Lohnforderungen auf Grundlag einer einmaligen Ausbisse werden gelöst werden. Über ihre Höhe wird mit Rücksicht auf die verschiedenen Verhältnisse in den einzelnen Gebieten stufenweise nach Revidieren, und zwar wiederum beim Ministerium für öffentliche Arbeiten in Prag verhandelt werden. Zuerst werden Verhandlungen mit dem Ostrau-Karwiner Revier am Donnerstag, den 9. Dezember, und am Freitag, den 10. Dezember, mit dem nordböhmisches und dem Fallener Revier stattfinden. Die Verhandlungen mit den übrigen Revieren werden nacheinander in den folgenden Tagen durchgeführt werden.

Dazu meldet das „Pr. Lidu“: „In den Verhandlungen über die Bergarbeiterforderungen fuhr man Dienstag um vier Uhr nachmittags im Ministerium für öffentliche Arbeiten unter dem Vorsitz von Sektionschef Dr. Sedláček fort. Bei Eröffnung der Beratungen empfahl der Vorsitzende beiden Vertragspartei die Unterbrechung der bisherigen Gesamtverhandlungen und schloß vor, in ihnen beginnend mit dem Donnerstag schrittweise in Reviersektionen im Arbeitsministerium fortzuführen. Nach einer Beratung

der Vertreter der Gewerkschaften einigte man sich darauf, daß über die Forderungen des Ostrau-Karwiner Reviers die Verhandlungen am 9. d. M. vormittags im Arbeitsministerium beginnen werden, und zwar in Anwesenheit der Vertreter der Bergarbeiterorganisationen, welche die Forderungen im Revier unterschrieben haben, und der Vertreter der Direktorenkonferenz des Ostrau-Karwiner Reviers. Am Freitag, den 10. d. M. werden die Verhandlungen über die im nordböhmisches und Fallener Revier vorgelegten Forderungen beginnen. Die Verhandlungen über die Forderungen der Bergarbeiter aus den andern Revieren werden im Arbeitsministerium schrittweise angefaßt werden, je nachdem sich die Verhandlungen über Ostrau und Nordböhmen entwickeln.“

Neuer Generaldirektor der Stoba-Werke. Der Verwaltungsrat der Stoba-Werke in Pilsen hielt am 7. d. M. eine Sitzung ab, in welcher über Antrag des Vorsitzenden des Verwaltungsrates Dr. Karl Voegenstein der bisherige Generaldirektor der Gesellschaft und gleichzeitig die bisherigen Direktoren Ing. Anton Fried, Josef Rodex und Ing. Adolf Bamberski zu Oberdirektoren ernannt wurden; ferner wurden zu stellvertretenden Oberdirektoren Direktor Dr. Kamil Kleiner und Direktor Benzel Skibánek ernannt. Ferner wurde die erfreuliche Entwicklung der Tätigkeit des Unternehmens festgestellt, die sich sowohl auf einen sehr erheblichen Ueberschuß von Aufträgen aus dem Vorjahre als auch auf einen unvergleichbaren Einfluß von Bestellungen aus allen Gebieten der Tätigkeit des Unternehmens im heurigen Jahre, insbesondere aus dem Ausland, stützt.

Kommission für die Oekonomisierung der öffentlichen Verwaltung. Der engere Ausschuß der Kommission hielt Montag eine Sitzung ab, in der er die in den einzelnen Arbeitsausschüssen vorbereiteten Vorschläge behandelte und genehmigte. Auf administrativem Gebiet sind dies u. a.: der Komplex von 36 Vorschlägen auf Oekonomisierung des Dienstes bei den Bezirksfinanzdirektionen und der Komplex von 108 Vorschlägen betreffend die Oekonomisierung der Gebührensachen und schließlich auf dem Gebiete der staatlichen Unternehmungen der Vorschlag betreffend die Oekonomisierung der Unternehmungen der staatlichen Berg- und Hüttenbetriebe. Die erwähnten Vorschläge werden nunmehr von der Kommission den zuständigen Ministern zur weiteren Behandlung unterbreitet werden. Weiter wurden die Vorbereitungen durchberaten, die zur Durchführung der einseitigen Anlage der Gemeindefinanz, zur Schulung und Ausbildung der Beamten der staatlichen Administration gemacht wurden. Der engere Ausschuß nahm auch den Bericht über den Fortgang der Arbeiten in den einzelnen Arbeitsausschüssen und Subkomitees zur Kenntnis, in denen u. a. der Vorschlag über die Oekonomisierung der öffentlichen Bau-tätigkeit, der



Annabella und Conrad Veidt in dem Film „Kate Soutane“.

Vorschlag einer allgemeinen Abgabewendung, der Vorschlag betreffend die Oekonomisierung der Landwirtschaft im Unternehmen der staatlichen Forste und Güter und der Vorschlag betreffend die Oekonomisierung des Unternehmens der tschechoslowakischen Staatsbahn vorbereitet werden.

Verzögerung der Verhandlungen mit Südafrika. Die „Times“ melden aus Pretoria, daß die laufenden Besprechungen über ein Handelsabkommen zwischen der südafrikanischen Union und Frankreich bzw. der Tschechoslowakei nicht früher zu einem Abschlusse gelangen können, ehe nicht der neue Handelsvertrag zwischen der südafrikanischen Union und England zustande gekommen ist.

Gerichtssaal

Aus Eifersucht?

Prag. Rudolf Simel ist heute erst 24 Jahre alt, aber bevor er vor die Geschworenen kam, stand er schon wiederholt wegen kleinerer Delikte vor Gericht und fünf Vorstrafen wegen Diebstahls und ähnlicher Missetaten büßen auch dann genug über ihn ausgefaßt, wenn er es betrauen dürfte, seine Ausreden glaubwürdiger vorzutragen. Von der Volksschule, die er sieben Jahre lang besuchte, über die Lehrzeit bis zu dem Nord, der ihn vor die Geschworenen brachte, läuft eine gerade Linie.

Simel machte heute die Bekanntheit der 20-jährigen Dauagehelfin Jelena Danoušková, die seine Vergangenheit nicht kannte. Die Bekanntheit dauerte drei Monate. Im August besuchten die beiden eine Tankunterhaltung in Jizkov. Simel, angeblich aus Eifersucht, rief dort einen Streit mit einem gewissen Gernof hervor, mit dem sich das Mädchen untrübeil. Als er vom Portier an die Luft gesetzt wurde — die Danoušková blieb aus Furcht zurück, obwohl Simel ihren Namen mitgeteilt hatte —, ließ er nach Hause und ließ die seine Mutter in die Restauration, um dem Mädchen eine Uhr abzuverlangen, die er ihm geschenkt hatte. Nach Wahrung des Streites, den die Frau zurückließ, erschien Simel wieder. Mit einem langen Kuchenschneidmesser in der Hand, der ihm noch glücklich ausweichen konnte — doch nur mit einem Reflexschuß durch Kopf und Hand in unmittelbarer Nähe des Herzens. Man fiel Simel die Danoušková an, die sich nicht mehr retten konnte. Mit einem Stich in die Brust, der bis zum Herzen drang, kürzte sie zu Boden. Simel setzte sie noch an den Haaren, bis er vom Portier niedergeschlagen wurde. Das Mädchen starb im Krankenhaus.

Simel, ein unheimlicher kleiner Bursche, tuberkulös, mit dem Benehmen und dem Gang üblicher Vorhadtümpen, betanwortet sich wie er eben kann. Manches weiß er, manches gibt er nicht zu; die Tat will er in Trunkenheit, aus Eifersucht und aus Büt darüber begangen haben, daß seine Mutter beleidigt wurde. Die Jurgen sagen übereinstimmend gegen ihn aus. Die Verhandlung vor dem Schwurgerichtssenaat Dr. Mareček wird zwei Tage dauern. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Trjchák.

Ausweis für den Monat November

(Die erste Zahl bedeutet Parteifonds, die eingeklammerte Wahlfonds.)

Bodenbach:	6400 (1600) Kč; Brunn:	800 (200) Kč; Karlsbad:	6320 (1580) Kč;
Landskron:	520 (130) Kč; Prag:	654 (160) Kč; Pilsen-Budweis:	1760 (440) Kč;
Preßburg:	240 (60) Kč; Reichenberg:	640 (160) Kč; Sternberg:	2550 (660) Kč;
Teplice-Saaz:	3200 (800) Kč; Trautenau:	1280 (320) Kč; Troppau:	960 (240) Kč.

Englands Notstandsgebiete: Geringe Besserung

Angeichts der starken Steigerung der Arbeitslosigkeit in England, wie sie aus der Veröffentlichung der November-Statistik über den Arbeitsmarkt hervorgeht, verlangt „Daily Herald“ eine entschlossene und konstruktive Politik der britischen Regierung zwecks Verbesserung der Wirtschaftslage. Es wird darauf verwiesen, daß die Zunahme der Arbeitslosigkeit im November des Vorjahres nur rund 16.000, im November 1935 sogar nur 2972 betrug, gegen rund 109.000 im November des laufenden Jahres.

Der erste Bericht des neuen Kommissars für die Notstandsgebiete, Sir George Sillet, behandelt das Problem nicht minder offenherzig als die Berichte seines Vorgängers Sir Malcolm Stewart. Im letzten Jahre ist die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten gestiegen, es gibt dort jedoch immer noch über 200.000 Arbeitslose und der Prozentsatz ist in diesen Gebieten mehr als doppelt so groß wie der Durchschnitt und vier- bis fünfmal so groß wie in den Prosperitätsgebieten. Das Problem der alten Arbeitslosen (zwischen

45 und 60 Jahren) hat sich sogar verschärft. Eine Besserung ist vor allem in den alten Stapelindustrien — Kohlenbergbau, Eisen und Stahl, Schiffbau — zu bemerken, aber ihre Grenzen sind schon in der Konjunktur deutlich sichtbar. Auch haben gewisse Gebiete vom Rüstungsboom überhaupt nichts verspürt. Der Versuch einer Verpflanzung neuer Industrien in die Notstandsgebiete beginnt die ersten Früchte zu tragen. Sillet verlangt energisch eine Einschränkung des Staates auf die Standortswahl der Industrien, ferner eine Vorbereitung von Arbeitsbeschaffungsaufträgen schon in der Konjunktur, um in Anbetracht der langjahren Arbeit der Lokalbehörden alles für den entscheidenden Zeitpunkt vorgekehrt zu haben.

Die Notstandsgebiete sind, wie man sieht, für England ein genau so großes Problem wie für die Tschechoslowakei. Auch dort ist der Unterschied zwischen Krisen- und Prosperitätsgebiet so bedeutend wie bei uns, und auch in der Erklärung dieser Erscheinung und den vorgeschlagenen Gegenmitteln herrscht fast vollständige Uebereinstimmung.

Seit 1918 ...

Unter diesem Titel hat Dr. Harry Képélak ein Buch herausgegeben, in welchem er eine flüssige, leicht lesbare Darstellung der politischen Entwicklung der Tschechoslowakei seit dem Umschwung des Jahres 1918 gibt. Der Verfasser — Journalist und politischer Publizist — erhebt nicht den Anspruch darauf, ein wissenschaftliches Werk unter Benützung aller gedruckten und ungedruckten Quellen und nach allen Regeln historischer Quellenkritik geschrieben zu haben — das ist bei Darstellungen der jüngsten Geschichte auch schwer möglich —, aber es ist ihm gelungen, ein für jeden politisch Interessierten anziehendes Buch herauszubringen, das ebenso informativ wie gut geschrieben ist.

Das Buch wird mit Nutzen sowohl von Angehörigen der älteren wie der jüngeren Generation gelesen werden. Die Älteren werden sich gerne der Ereignisse erinnern, die sie mitgemacht,

der politischen Persönlichkeiten, die sie an der Arbeit gesehen haben, die Jüngeren werden manches erfahren, was ihnen bisher völlig unbekannt gewesen ist. Aber auch derjenige, der das politische Leben seit dem Jahre 1918 mitgemacht hat und vom Mittelpunkt der tschechoslowakischen Innenpolitik nicht weit entfernt ist, wird eine Menge Details erfahren, die weniger bekannt, aber gerade vom Standpunkt der jüngsten Politik von Interesse sind. So kann man von Képélak's Buchen sagen, daß es vieles bringt und daher jedem etwas.

Begründeter ist, daß der Autor insbesondere der sudetendeutschen Politik seine Aufmerksamkeit zuwendet. Von 1918 an werden die verschiedenen Phasen in der Haltung der deutschen Parteien in der Tschechoslowakei ausführlich dargestellt, wobei — das soll anerkennend hervorgehoben werden — niemals daran vergessen wird, daß die deutsche Sozialdemokratie einen Teil des sudetendeutschen Stimmens bildet und oft entscheidend die sudetendeutsche Politik beeinflusst hat. Bis in die jüngste Gegenwart wird so eine Schilderung der deutschen sozialdemokratischen Politik in diesem Lande gegeben. Dazu kommt noch, daß auch sonst die Bedeutung der Sozialdemokratie für die ge-

samtstaatliche Politik gedacht wird, daß alle sozialpolitischen Errungenschaften seit 1918 gebührend gewürdigt werden und daß der Autor Gelegenheit findet, sein Verständnis für soziale Probleme zu bekunden. Nicht unerwähnt möge bleiben, daß Képélak auch den Ruf hat, an gewissen politischen Erscheinungen Kritik zu üben, auch wenn es sich hierbei um einflußreiche politische Persönlichkeiten des tschechoslowakischen Staatslebens handelt.

Angeichts dieser und noch anderer Vorzüge kann über einige Mängelhinweise (so z. B. entsprechen die Angaben über Josef Seligers Krankheit und Tod nicht ganz den Tatsachen) hinweggesehen werden. Wohl geht der Autor weniger auf die tieferen historischen Zusammenhänge ein, erzählt mehr die an der Oberfläche geschäftlichen Lebens sich abspielenden politischen Geschehnisse und zeigt die handelnden Personen auf der Bühne der politischen Geschichte. Dafür entwirft er davon ein buntes Bild, das man mit Spannung vor sich abrollen sieht, so daß man befriedigt — aber auch belehrt — das Buch aus der Hand legt.

Im Interesse der realpolitischen Erziehung der Sudetendeutschen ist dem Buche weite Verbreitung zu wünschen. E. St.

Man erhält für	Kč
100 Reichsmark	618.—
Markmünzen	672.—
100 österreichische Schilling	528.50
100 rumänische Lei	16.15
100 polnische Słoty	506.—
100 ungarische Pengö	550.50
100 Schweizer Franken	657.50
100 französische Francs	95.95
1 englisches Pfund	141.75
1 amerikanischer Dollar	28.35
100 italienische Lire	120.40
100 holländische Gulden	1577.—
100 jugoslawische Dinare	63.30
100 Belgas	482.50
100 dänische Kronen	630.—
100 schwedische Kronen	729.—

*) Harry Képélak: Seit 1918... Eine Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. Verlag Julius Kailash Nachfolger, Mähr.-Ostrea.

Prager Zeitung

Nächste Woche — Luftschutzübung

An zwei Tagen der kommenden Woche, und zwar am Dienstag und am Mittwoch, werden in Prag Luftschutzübungen abgehalten, welche das Landesamt in einer Verlautbarung gestern ankündigte. Es handelt sich diesmal um Tagübungen, welche durch Strengezeichen — drei Minuten lang während, durch kurze Intervalle unterbrochene Signale — angezeigt werden. Den Schluß der Übung wird wiederum ein Strengezeichen — dieses jedoch ohne Unterbrechungen — befehligen. Das Alarmzeichen wird von allen Fabriksbetrieben weitergegeben werden. Nur die Übung selbst im allgemeinen dieselben Vorschriften wie für die letzte Probe: Anhängler haben in den Hausatzen Deckung zu suchen, Fahrzeuge haben am Straßenrand zu stehen; die Fenster und Türen müssen geschlossen sein. Hier ist auch die wichtigste Neuerung bei den anstehenden Übungen, denn die Heberwachung dieser letztgenannten Weisung wurde den Hauswachen übertragen, welche für die Einhaltung der Vorschriften verantwortlich gemacht werden.

Masaryk und die Nationalitätenfrage

(Pr. Br.) Die tschechische Gesellschaft für das Studium der Minoritätenfragen veranstaltet gestern einen Vortrag des Außenministers Dr. Krofka über „Masaryk und die Nationalitätenfrage“. In diesem Vortrag befaßt sich Minister Krofka ausschließlich mit den Formulierungen Masaryks zu diesem Problem in der Vorkriegszeit. Er wies an Hand zahlreicher Zitate nach, daß die Stellungnahme Masaryks zu dieser Frage, ausgenommen eine ganz kurze Periode, als der junge Masaryk seine Schrift „Was ist Patriot?“ abfaßte, kaum immer dieselbe war wie nach dem Kriege, als er den hohen Posten des Staatspräsidenten bekleidete und nun auch Gelegenheit fand, seine Ansichten offen in die Tat umzusetzen. Masaryk wandte sich schon immer gegen eine falsche Auffassung des Patriotismus, die sich damit begnügt, die fremden Nationalitäten aufzufassen, ohne aber für die eigene etwas Fruchtbares zu vollbringen. Er trat immer, in seinen Schriften und in seinen Reden wie auch in seiner Praxis gegen den negativen Patriotismus auf und predigte einen aktiven Patriotismus. Seine Humanität war nie romantische Phantasie, sondern ernste Arbeit und er legte immer Gewicht darauf, daß auch der Arbeiter, das Proletariat, als ein genau so wertvolles Mitglied der Nation betrachtet werde, wie die sozial besser gestellten Schichten.

Masaryk glaubte nicht an „die auserwählte Nation“, er betrachtete die Zeit seines Lebens die Aufzählung, daß es höhere und niedrigere Klassen gebe, ein Herrenvolk, welches dazu berufen sei, über die niedrigeren Klassen zu regieren, die es bloß als Material betrachte“. Nicht einmal die farbigen Rassen seien zur Sklaverei bestimmt.

Der Redner erläuterte dann Masaryks Auffassung über die historische Aufgabe jeder Nation und über die spezielle Aufgabe eines Volkes, welches nicht das große Volk nachahmen dürfe, sondern seine eigene Wege zu gehen habe. Er faßt den Nationalismus durchaus nicht als entgegenge setzt oder als der Menschlichkeit untergeordnet auf. Die Menschlichkeit steht sich aus Nationen zusammen, deshalb ist es notwendig, in erster Linie zu Hause für sein Volk zu arbeiten, um danach mittels des eigenen Volkes auch der Menschlichkeit zu dienen.

Ein besonderes Kapitel wurde der Stellungnahme Masaryks zum tschechischen Staatsrecht gewidmet, welches er im Gegensatz zu Nieder und Strauß bevorzugt; an seine Stelle setzte er das natürliche Recht des tschechischen Volkes, worin sich schon die ersten Ansätze zur Idee des zukünftigen selbstän-

diagn Staatses bargen. Wenn sich die Tschechen bloß auf das historische Recht beschränkt hätten, wäre die Einbeziehung der Slowakei in den Rahmen der Republik unmöglich geworden. Die Voraussetzung Masaryks bewährte sich auch in dieser Hinsicht.

Der Schluß der Rede galt den wirtschaftlichen und kulturellen Bindungen der Tschechen und der Deutschen in der Republik. Politische und kulturelle Zusammenarbeit unter ihnen sei sehr möglich, betonte Masaryk immer, und zwar auf Grund gegenwärtiger Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Das Publikum, unter welchem sich Vertreter vieler offizieller Körperschaften befanden, lobte den wie immer aufschlußreichen Vortrag des Außenministers mit herzlichem Beifall.

Budgetberatungen im Stadthaus. Gestern begannen die Budgetberatungen der Stadt Prag. Sie wurden von Dr. Střihla, dem Finanzreferenten der Stadt, eröffnet. Es referierte der Vertreter der Gemeinde-Finanzkommission, Ing. Cech. Dann gab namens sämtlicher Parteien der Nationalitäten und zwar sowohl der tschechischen als auch der deutschen, der tschechische Sozialdemokrat Dr. Langer eine Erklärung ab. An der Debatte selbst beteiligten sich nur Kommunisten und Sozialisten. Bei Blattschlag dauert die Sitzung fort. Es steht schon fest, daß das Budget mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Mehrheit angenommen werden wird. Wir werden einen ausführlichen Bericht über die Budgetberatungen in der nächsten Ausgabe unserer Blätter bringen.

Auch den Mischlingskindern eine Freude bereiten. Die vor einiger Zeit gegründete Zentrale Hilfsstelle für deutsche Mischlingskinder (Vorstande Frau Marie „molla“) vertritt, den deutschen Mischlings-

„Was fordert die Jugend von der Demokratie?“

Öffentliche Versammlung mit Genossen Abg. Köglner als Redner im großen Saal des Handwerkervereins, Prag II, Se Smekoch 22, am Freitag, den 10. Dezember, Beginn halb 8 Uhr. Anschließend freie Diskussion. — Genossen und Genossinnen, kommt vollzählig zu dieser wichtigen Veranstaltung der

SOZIALISTISCHEN JUGEND KREIS PRAGI

Kindern, ohne Ansehen der Klasse, Religion oder der Parteizugehörigkeit der Eltern, Hilfe zu gewähren. Sie konnte ihren etwa 150 Schülern im Sommer eine Ferienverlosung bereiten und gibt ihnen finanzielle Unterstützung. Für den 16. Dezember bereitet sie ein Kinderfest vor mit Bewirtung und Geschenken. Sie wendet sich an alle gutgemeinten Menschen, die für die Not der heimlos gewordenen Kinder Ohr und Herz haben, mit der Bitte um Sach- oder Geldspenden. Geldspenden an Bankhaus Veselý & Co., Prag II, Vojšpárská Nr. 50439, mit dem Zusatz „für das Konto N. N. 5442“. Sachspenden werden gerne abgeholt. Benachrichtigung an die Zentrale Hilfsstelle, Prag XII, Belgická 28, Tel. 516-44.

Die Deutsche Hauptstelle für Wohnungs- und Ziedlungsfrage veranstaltet am Freitag, den 10. Dezember 1937, halb 8 Uhr abends, im Dachgarten-saal des Deutschen Hauses (Prag II, Graben 26) einen Vortrag über das Thema „Der Internationale Wohnungskongress in Paris 1937 und die sozialpolitische Bedeutung seiner Ergebnisse“. Redner: Bürgermeister L. Šolaj. Eintritt frei. Gölle willkommen.

Kunst und Wissen Der König von Yvetot

Raques Oberl, der Komponist der am Sonntag im Neuen Deutschen Theater erlauchgeführten komischen Oper „Der König von Yvetot“, gehört zu den populärsten und erfolgreichsten zeitgenössischen französischen Komponisten; er ist gleichzeitig einer der glänzendsten und markantesten Talente der jüngsten französischen Schule. Seine großen Erfolge blieben aber nicht nur auf sein Heimatland Frankreich beschränkt; eine Suite Symphonique, ein blendendes Saxophonkonzert, der Operneinakter „Angélique“ und letztlich die Oper „Der König von Yvetot“ fanden auch außerhalb Frankreichs eine beim Publikum und bei der Kritik gleich begeisterte Aufnahme. Da dieser ausgezeichnete Komponist gerade bei uns sehr wenig bekannt ist, muß man unserem deutschen Theater Dank wissen, just eines der letzten Werke Oberls, das überall, wo es bisher zur Aufführung gelangte, glänzenden Erfolg hatte, dem Prager Publikum vermittelt zu haben.

Der „König von Yvetot“ ist eine typische französische Lustspieloper, eine richtige opera buffa, die an die alte Operntradition anknüpft; in der Form und in der melodisch-lyrischen Gestaltung. Darum gibt es durchaus selbständige Nummern in dieser Oper, Arien, Ensembles, Chöre, die durch die handlungsauffellende Dialoge miteinander verbunden sind; darum findet man auch richtige Melodien, die sich sogar des Volksliedes bedienen, in ihr. Der Komponist hat Form und Weisen seiner Oper selbst erklärt; daß er nämlich die Partitur mit der gleichen Strenge entworfen habe, wie sie die klassische italienische opera buffa auszeichnet, mit Solis und Ensembles. Auch die bedeutende und entscheidende Stellung des Chores in der Oper betont der Komponist, indem er darauf hinweist, daß die Aufgabe des Chores in dessen ständiger Anteilnahme an der Handlung begründet sei. Oberls Musik zum „König von Yvetot“ offenbart ebenso großes Können in formaler und lapidarer Hinsicht wie glänzende Instrumentierungsgabe als Ausdruck und Charakterisierungspunkt, sie ist im buffomäßigen Sinne ebenso idiosyncratisch wie stimmungsreicher in ihrer Wirkung, wobei allerdings das lyrische Element oft das bester überwiegt; sie ist vor allem durch Feinmerzigkeit und Geist ausgezeichnet, verleiht es, die kritischen Momente mit allen Schattierungen differenzierter Klänge auszukleiden, versteht es, das bewusste Leben der Szene in den entsprechenden leichtschwingenden und frischen musikalischen Rhythmus umzusetzen, ist reich an impressionistischen Reizen und Stimmungen und zeichnet sich durch eine Ton- und Wort- zu musterhafter lustspielmäßiger Musikschönheit verbindende Deklamation aus.

Stoff, Handlung und Text der Oper haben ihre Abreißstiften Jean L'imolín und André de la Touraiffe nach einem Gedichte Bélangers verfaßt, durchaus im Sinne des Komponisten als Vorbereit zu einer komischen Oper im alten Stil mit Dialog und musikalischen Nummern. Die Handlung der Oper, die allerdings als satirisch-satirisch aufzufassen ist, entspricht in der Hauptfrage übrigens sogar der geschichtlichen Wahrheit von dem kleinen Operetten-Königreich Yvetot: Jeannot, König der Dschickel Yvetot, ist bei seinen niederen, plebsbürgerlichen Untertanen sehr beliebt; von seiner treu ergebenen Dienerin Jeanneton wird er heimlich geliebt. Einiger getriebener Spielbäume wegen wird er schuldlos in einen Krieg verwickelt. Da er ihn gleich in der ersten Schlacht verliert, kommt es zur Revolution, bei der aber mehr Alkohol als Blut fließt; der König wird entronnt und die Republik ausgerufen. Aber die treue Jeanneton rettet ihren König; sie feht eine erfolgreiche Gegenrevolution der Frauen in Szene, gibt dem König Königreich und Thron zurück und feiert zum Schluß mit ihm Hochzeit.

Operndirektor Nacl A n f i hatte der Oper eine in der Sorgfalt der Durchführung musterzügliche musikalische Wiedergabe anzuvertrauen, die

ebenso wirksamvoll gestaltet war, wenn auch da und dort noch mehr präzisierende Bestimmtheit am Klange gewesen wäre, die vor allem aber in der wundervollen Transparenz der lyrisch-impressionistischen Stellen seine außerordentliche Kunst der dynamischen Abstimmung zeigte; auch die schöne Geschlossenheit seiner Ensembleführung machte wiederum den stärksten Eindruck und ermöglichte ein musikalisches Gesamtbild von einheitlicher künstlerischer Schönheit. Besten Eindruck machten auch die Bühnenbilder von Franz Schultes, die das Spielbürgerliche-Vertraumte ebenso glücklich betonen wie das Karo-distisch-Bizarre. Den bizarren, grotesken und satirischen Ton hielt auch der Regisseur Dr. Friedrich Schram bei den szenischen Details und bei den bunten Bewegungen, lustspielmäßige lebendig wirkenden Gruppierungen der Szene ausgezeichnet fest. Die Hauptrolle der Jeanneton fand durch Fr. Harriet Sanders eine geradezu ideale geschäftliche und darsstellerische Wiedergabe. Die überdeutliche und Zurückhaltung im Wesen der liebenden Jeanneton liegt ihrer eigenen Art ebenso wie die süße Innigkeit und Ausdrucksstärke der impressionistischen Gesangsweise Oberls. Eine durchaus tüchtige Leistung, aus charakterisiert im schauspielerischen und Lebenswert durchgeführte im geschäftlichen Sinne, vor auch Herr F a i e b in der zweiten Hauptrolle der Oper als König. Es war ein besonderes Kennzeichen dieser ausgezeichneten und stimmungsreichen Opernaufführung, daß selbst die kleinen Partien des Werkes — und das sind mehr als ein ganzes Dutzend — mit durchwegs besten Kräften besetzt waren; mit den Damen Kindermann, Stevens, Meda, Rayn, Wera, Wanka usw. und den Herren: Anderson, Wäischer, Libal, Guttmann, Schipper, Šolaj usw. Hervorragendes leistete der reich verwendete Chor. Außerordentliches das Orchester. Das sehr zahlreich erschienene Publikum war von der Erstaufführung hochbefriedigt und zeigte nicht mit Verfall, den es sogar wiederholt bei offener Szene spendete und für den sich mit allen den zahlreichen künstlerischen Mitarbeitern auch der erwähnte Komponist wiederholt bedanken konnte. Hoffentlich jetzt zum auch das Publikum dafür, daß sich das köstliche Werk recht lang im Spielplan erhält. E. A.

Karten für die Vorstellung der Deutschen Volksbühne sind bis Samstag bei Opern Deutsch zu haben. **Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.** Mittwoch 8: Die Weber, 9: — Donnerstag 8: Der König von Yvetot, 9: — Freitag 8: Die Weber, 9: — Samstag halb 8: Kleines Glück auf der Biede, 9: — Sonntag halb 8: Der Goldene Kranz, Gastspiel Berber, 9: Arbeitervorstellung, halb 8: Trauen in New York, 9: 1.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute, Mittwoch 8 Uhr: Drei Akte mit Musik, Volksbeamtin 2 und freier Verkauf. — Donnerstag 8: Hilde und das Lotteriespiel. — Freitag halb 8: George und Margaret, Theatergemeinde des Kulturverbandes und freier Verkauf. — Samstag halb 8: Kadele und Liebe, neuinszeniert. — Sonntag 8 Uhr: Glück, 8: George und Margaret.

Vereinsnachrichten

NS, Prag, Donnerstag, den 9. Dezember 1937. Übungsabend auf der Hebinfel, Beginn pünktlich um 20 Uhr.

Die Krankheit der Männer ISCHIAS

entsteht durch Heberanstrengung im Beruf und Sport. Liegt unter das Gewebe ausstrahlende Wärme des Bismarck-Schlammes bernhöf den Kern. Behandelt zu Hause mit Bismarck-Schlammwürfel „B-Ca“. Dausil. A. Knerle, Praha, Staroměstské nám. 22. 44364

DER REICHSVOLLZUGSAUSSCHUSS DER TSCHECOSLOVAKISCHEN GWERBE- UND HANDELSPARTEI gibt zusammen mit den Landesvollzugs-Ausschüssen Böhmens, Mähren-Schlesiens, der Slowakei und Karpathorußlands in tiefer Trauer der tschechoslovakischen gewerbe- und handeltreibenden Öffentlichkeit die traurige Nachricht von dem plötzlichen Ableben des Vorsitzenden der Tschechoslovakischen Mittelständischen Gewerbe- und Handelspartei, des

HANDELSMINISTERS

J. V. NAJMAN

Abgeordneten der Nationalversammlung, Vorsitzendenstellvertreters der Národní rada usw.

Der Erwecker und Mitbegründer einer selbständigen politischen Gewerbe- und Handelsbewegung, ein hervorragender Organisator, ein unerschrockener Verteidiger der gerechten Bürgerrechte und ein unermüdlicher Kämpfer für die berechtigten Forderungen des Gewerbestandes hat uns verlassen. Sein ganzes Leben hat er dem Kampf um die Sicherung der Existenz der Gewerbetreibenden, der Kaufleute und des gesamten Mittelstandes geweiht. Er hat sich um alle diese Schichten des Bürgertums unvergängliche Verdienste erworben. Er verläßt uns im besten Mannesalter, inmitten einer intensiven und erfolgreichen Arbeit für Staat und Stand, tiefbetrauert vom gesamten Gewerbe- und Handelsstand und zum Leidwesen aller, die mit ihm zusammengearbeitet und die ihn gekannt haben. Wir nehmen von dem teuren Verblichenen Mittwoch, den 8. Dezember, um 3 Uhr nachmittags in der Trauerhalle des Krematoriums der Hauptstadt Prag Abschied.

Prag, den 4. Dezember 1937.

J. E. SVOBODA,
Generalsekretär der Tschechoslovakischen Gewerbe- und Handelspartei.

RUDOLF MLČOCH,
Vizepräsident der Tschechoslovakischen Gewerbe- und Handelspartei.

W e z a g s b e d i n g u n g e n: Bei Abstellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16.—, vierteljährlich Kč 48.—, halbjährig Kč 96.—, ganzjährig Kč 192.—. — Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einreichung der Retourmarken. — Die Zeitungstrankatur wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 18.800/VII/1930 bewilligt. (Kontrollpostamt Praha 25. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-K.G. Prag.